

Der Zertil-Arbeiter

Veröffentlichung und Geschäftsstelle: Berlin D 34, Dorotheenstraße 8/9.
Verantwortlich: Kurt Reibig, 1070 und 1282. — Die Zeitung
erschließt jeden Freitag.
Telegraphische Anstalt: Telegrafische Anstalt Berlin
Verlagsdruckerei: Druck- und Verlagsanstalt Berlin D 34, Dorotheenstraße 8/9
(Telefonnummern 5266) zu richten. — Bezugspreis nur durch die Post.
Vertriebsstellen: 8 282.

Bereinzelt seid Ihr nichts — Vereint alles!

Abdruckgenehmigung: Abdruckgenehmigung für die Beamten- und
Gewerkschaftszeitungen Berlin D 34 11, Köpenicker Straße 17
Anzeigenpreis: Die schwarze Zeile 20 Pf. Bei
größeren Abdrücken Abat, der mit als Rabatt auf
Telegraphische Anstalt.

Organ des Deutschen Textilarbeiter-Verbandes.

Staatsverfassung und Kulturbegriff.

Die republikanische Staatsverfassung ist dem deutschen Volke übergeworfen worden wie ein Kleid. Wir haben sie nicht errungen, sondern sie ist uns als eine Überraschung zugefallen, weil die alten Machthaber davonliefen. Sie wurde von vielen nur als Rettung ergriffen, weil die alte Ordnung zusammenbrach. Deswegen waren wir innerlich nicht eingestellt auf das, was wir an äußerer Form unseres Staatslebens schufen. Diese unausgeglichenheit erklärt viele Schwierigkeiten, die fast zwangsläufig daraus erwachsen. Soll die Staatsform sich auf die Dauer bewähren, so muß sie zur Lebensform für uns werden. Das heißt, wir müssen uns innerlich darauf einstellen, nicht für die Demokratie und allgemeines Wahlrecht schwärmen, sondern die Grundgedanken dieser Politik in alle gesellschaftlichen Beziehungen übertragen. Das bald scherzhaft, bald ironisch gebrauchte Wort von der deutschen Republik ohne Republikaner hat einen viel tieferen Sinn, als den meisten Spöttern oder Verteidigern bewußt wird. Die Zahl der wirklichen Republikaner ist tatsächlich gering, wenn man darunter Menschen versteht, die nicht nur die heutige Staatsform für richtig oder notwendig halten, sie bejahen und dafür zu kämpfen bereit sind, sondern die darüber hinaus den Grundgedanken dieser Verfassung als ihr Lebenselement fühlen und ihre Kraft dafür einsetzen, ihn zum allgemeinen Gesellschaftselemente zu machen.

Dieser Grundgedanke ist die Anerkennung der Volksgesamtheit als Grund, Mittel und Zweck alles sozialen Geschehens. Politisch ist das anerkannt, wenigstens formal: Die Gesamtheit der 40 Millionen erwachsener Volksgenossen übt auf dem Wege parlamentarischer Wahl und Vertretung alle Macht aus, bestimmt ihr Schicksal selbst. Innerhalb dieser Gesamtheit und Machtausübung herrscht formale Gleichberechtigung. Das Gesetz gibt jedem gleiches, bescheidenes Maß des Einflusses. Nach seinem Können und Wollen mag jeder diesen Einfluß steigern, sich vordrängen . . . um mit seinen stärkeren Kräften den anderen um so besser dienen zu können. Das Vordrängen sehen wir, den sozialen Zweck des Dienens viel weniger. Aber wo, außer der Politik, ist auch nur diese äußere Gleichheit aller, diese Anerkennung der Millionen als entscheidender, richtunggebender Faktor?

Und doch ist zweifellos eine Übereinstimmung der übrigen Lebensformen mit der politischen nötig, wenn die Staatsverfassung mehr als ein äußeres Kleid, wenn sie lebendig und lebensfähig sein soll. Darum ist die wichtigste politische Arbeit heute die Volkserziehung.

Das Vorgelegte soll verdeutlicht werden an dem wichtigsten Sonderfalle, am Kulturbegriffe. Dieser ist heute noch durchaus aristokratisch, wie zur Zeit der Antike, als die Hälfte der Bevölkerung gar nicht als Bürger und Menschen zählten, sondern als Sklaven dem Haustiere gleichgestellt wurden, wie zur Zeit der Renaissance, des Sonnenkönigs, wo eine kleine Minderheit sich als Verkörperung des Staates und der Kultur fühlte, wie zur Zeit unserer Klassiker, wo die wundervolle, harmonische Bürgerkultur von Weimar und Jena die Sache von einigen tausend Deutschen war, während den Millionen der hörigen Landbevölkerung die Namen Goethe, Schiller, Herder, Wieland meist unbekannt, sonst höchstens Namen waren. Spengler, der in seinem „Untergang des Abendlandes“ es geradezu als Charakteristikum europäischer Kultur hinstellt, daß sie immer exklusiver wird, ist der schroffste Ausdruck dieser aristokratischen Anschauung. Ein paar Duzend Namen dienen ihm immer wieder als Maßstab zur Vergleichung unserer Zeit mit der Vorzeit, unseres Volkes mit anderen. Von der Mathematik unserer Zeit behauptet er, daß kaum ein Duzend Menschen sie kennen und verstehen. Trotzdem ist diese höchste Mathematik ihm die Mathematik des 20. Jahrhunderts. — Eine solche Auffassung steht in kräftem Widerspruch zu unserer Staatsverfassung und ihrer Ideengrundlage. Solange sie herrscht, solange man in einem Volke nur den Umweg zu einigen großen Männern sieht, solange ist die demokratische Verfassung eine Unehrllichkeit, die nicht lebensfähig sein wird. Dem wird auch nicht abgeholfen durch die mannigfachen, verdienstlichen Leistungen der Volkskulturbestrebungen, deren wichtigste die allgemeine Schulpflicht ist. Man prüfe einmal die bewegenden Gedanken, die allen den sozialen Einrichtungen zugrunde liegen, um den Massen Bildung und edlen Genuß, Bücher, Theater, Konzerte, wissenschaftliche Vorträge usw. zu bringen. Man wird immer wieder herausgehört, daß den Massen Anteil an der Kultur gegeben, daß ihnen die Kultur nahegebracht werden soll. Also auch hier die überlieferte Anschauung, daß die „Kultur“ etwas außerhalb der Volksmassen Vorhandenes, etwas von ihnen Unabhängiges sei. Eine unbewußte Unterstützung der Exklusivität der Kultur als einer Angelegenheit der Elite von „Kulturträgern“, die aus dem Borne ihrer Fülle den Volksgenossen spenden.

Demgegenüber muß mit aller Schärfe der Gegensatz formuliert werden. Das Gebaren, Leisten und Genießen dieser dünnen Oberschicht ist ihre Privatangelegenheit und darf nicht verwechselt werden mit der deutschen Kultur, die eine Volksangelegenheit ist. Für den Kulturbegriff wie für den Staatsbegriff ist die Gesamtheit der 40 Millionen Menschen maßgebend, die innerhalb der Reichsgrenzen wohnen. Oder, da Kultur sich nicht unbedingt an staatliche Grenzen bindet, müssen wir auch noch die 20 Millionen dazu nehmen, die außerhalb der Grenzen in deutscher Sprache denken und reden. Der Zustand dieser 80 Millionen ist der Zustand deutscher Kultur. Wie die „deutsche Wirtschaft“ die Gesamtanlage des Volkes umfaßt, so umfaßt auch der Kulturbegriff die geistige, sittliche Lage der 80 Millionen. Man kann sie nicht zur „deutschen Kultur“ führen, denn sie selbst sind die deutsche Kultur, geben

ihren Stand an. Man kann diesen Gesamtstand heben, indem man die Massen zu Goethe führt, oder zu Mozart, zu Rembrandt oder zu Kant. Damit hebt man nicht nur den Kulturstand des Volkes, sondern zugleich auch die Kulturbedeutung der Großen. Denn diese besteht nicht in ihrer Leistung an sich, sondern in der Wirkung dieser Leistung auf andere.

Die Messe solennis Beethovens war zunächst nur ein ungeheuer tiefes, aber rein individuelles Erlebnis des Komponisten. Zum sozialen Faktor wurde sie erst durch die Aufführung, durch das Ergreifen und Erheben von tausend Herzen. Von der Zahl dieser Tausende und von der Tiefe ihres Erlebnisses hängt die Kulturbedeutung der Messe ab. Wären alle Menschen so taub, wie der Schöpfer es war, so wäre diese Bedeutung gering. Könnten wir 80 Millionen Menschen zum Hören und Verstehen der Messe bringen, dann erst wäre ihr Kulturwert ausgeschöpft. — Daraus erhellt leicht die Synthese in dem unentbehrlichen Zweifelpaare, was wichtiger sei: der große einzelne oder die Masse. Eines ist so unentbehrlich wie das andere. Kulturfortschritte werden stets von einzelnen gebracht. Aber den sozialen Wert erhält ihre Leistung erst durch ihre Wirkung auf die Masse. Wenigstens muß das unsere Ansicht sein, wenn wir von der Kultur eines Volkes sprechen, das sich eine demokratische Verfassung gegeben hat. Uns muß Kultur soziale Kultur im Sinne von Massenkultur bedeuten.

Daraus ergibt sich, daß unsere Zeit eine andere Kulturfrage hat als die Vergangenheit: nämlich ein Volk von 80 Millionen zum Kulturvolke zu machen. Unsere Zeit erst hat die Voraussetzungen dafür geschaffen. Wir erst haben die Masse von 80 Millionen, die zu Goethes Zeit kaum ein Drittel davon ausmachte. Wir haben die technischen Mittel, mit Druck, Bild, Radio usw. das Schaffen unserer Geistesgrößen vor Millionen Augen und Ohren zu bringen, in einer Vollendung der Wiedergabe, die tiefes Nacherleben und Genießen erlaubt. Wir haben mit der allgemeinen Schulpflicht die geistigen Voraussetzungen für die Aufnahme formaler Bildung geschaffen, die den Hunger nach Kultur ebenso weckt, wie den nach Sensation und anderen, gefährlichen Kulturwidrigkeiten. — Schon aus diesen Möglichkeiten und der Gefahr ihres Mißbrauches erwächst uns die sittliche Pflicht der Volkskulturpflege. Sie erwächst uns noch unmittelbarer als politische Pflicht aus der Verfassung des Staates. Denn deren Voraussetzung ist ein hohes Maß geistiger und sittlicher Reife im Volke. Und ihre unvermeidliche Folgerung ist die Erkenntnis, daß in der Kultur wie in der Politik und Wirtschaft die Gesamtheit des Volkes das Maß aller Dinge ist. Diese Erkenntnis eröffnet uns die ungeheueren Kulturfrage, die uns im Unterschiede von aller Vorzeit erwächst. Zu ihrer Lösung brauchen wir die weitere Erkenntnis, daß im Geistigen wie im Wirtschaftlichen nicht die Produktion entscheidend ist, sondern der Konsum. Dieser ist der Zweck jener. Fast alle Kulturwerte, die wir aus der Vergangenheit und Gegenwart haben, sind noch bei weitem nicht voll ausgenützt, weil sie noch nicht das Höchstmaß möglicher Wirkung erreicht haben. Diese Steigerung der Wirkung, vor allem nach der Breite, dann aber auch nach der Tiefe, ist das große Mittel einer sozialen Kultur. Wir werden voraussichtlich mehr Goethe noch Beethoven noch Dürer überbieten. Aber wir können diese Großen, die heute schon zehnmals mehr bedeuten als je zu ihren Lebzeiten, noch hundertfach in ihrer Kulturbedeutung

steigern, indem wir sie zum Gemeinbesitz von 80 Millionen Menschen machen. Damit geben wir zugleich den 80 Millionen eine Fülle des Genusses, des inneren Erlebens, der Bereicherung, die kulturell weit schwerer wiegt als die Neuschaffung von Kulturwerten, die dann ebensowenig sich auswirken wie die alten. Kultur verbreiten ist auch Kultur schaffen!

Daraus ergibt sich weiter, daß es nicht auf „Werke“ ankommt, sondern auf Leben. Nicht nur das ist Kultur, was gemischt, gemalt, gedichtet, gebaut und komponiert wird, sondern wichtiger als alles andere ist, daß das Leben des Volkes sich kulturgemäß gestaltet. Gerade hier obliegt uns eine gewaltige Aufgabe. Denn die Zivilisation ist in Widerspruch zur Kultur getreten. Je reicher wir zu werden meinen, desto ärmer werden wir. Und je mehr maschinelle Hilfsmittel wir erfinden, desto mehr lassen wir uns von ihnen quälen. Der größte Mangel unserer Zeit ist, daß sie die Arbeit der Millionen ihres Sinnes und damit ihres Wertes beraubt hat. Was die Massen in Fabriken und Kontoren leisten an unselbständiger, sinnloser Teilarbeit, ist Lohnsclaverei und sonst nichts. Dahinein wieder Sinn und damit Freude, Stolz auf die Leistung zu bringen, das ist die notwendigste und schwierigste Kulturfrage. Solange „Kultur“ Sonntagsvergügen bleibt und der Alltag in Kulturwidrigkeit und damit in Freudlosigkeit versinkt, solange ist das Ziel des Volksstaates nicht erreicht, das nur in einem „Kulturvolke“ bestehen kann.

Daraus folgt weiter, daß zu den Kulturleistungen nicht nur die engen Gebiete von Kunst, Wissenschaft und Religion gehören, die man gemeinhin dazu rechnet, sondern alles, was von Bedeutung für das körperliche und geistige Befinden, für das Leben und Erleben der Millionen ist. Dazu gehören auch Staat und Wirtschaft. Der Staat sozialer Gerechtigkeit ist nicht nur eine Voraussetzung der Volkskultur, sondern auch ein wichtiges Stück ihrer Wirklichkeit. Und damit schließt sich der Kreis, den wir durchschritten haben: die republikanische Staatsverfassung kann als Kulturwert sich erst dann ganz auswirken, wenn wir erkannt haben, daß Kultur der Zustand der Volksgesamtheit ist und die kulturelle Aufgabe des Staates nur die Hebung dieser Gesamtkultur sein kann.

Dr. Heinz Rothhoff, München.



Der imperialistische Krieg.

I. Subvention und Ausperrung.

Zwei Ereignisse in der englischen Wirtschaft beschäftigen seit Tagen alle Welt, die Wiedereinführung der Kohlensubventionen und die von den Unternehmern beschlossene Ausperrung im Bezirk Lancashire. Die Kohlensubventionen sollen 80 Millionen Mark pro Jahr ausmachen — wobei jedoch eine vorgesehene Ermäßigung der Gemeindesteuern nicht berücksichtigt wird — und die Kohlenfrachten pro Tonne Export um ungefähr 1,30 bis 1,50 Mk. verbilligen. Von der Ausperrung in Lancashire dürften sehr wahrscheinlich rund 200 000 Textilarbeiter und -arbeiterinnen betroffen werden. Der Konflikt ging von der Ramsay-Spinnerei in Oldham aus, wo die Unternehmer Differenzen mit einem Arbeiter hatten. Sie nahmen eine Geringfügigkeit zum Anlaß, einen ganzen Industriebezirk mit Stilllegung zu bedrohen. Da muß etwas anderes dahinterstehen. In Wirklichkeit handelt es sich um die alten Pläne der Textilindustriellen, die seit Monaten verlangte Lohnreduzierung und Arbeitszeitverlängerung durchzusetzen.

II. Quotenkampf bis zum Weißblut.

Zunächst, was hat es mit den neubeschlossenen englischen Kohlensubvention auf sich? Der englische Bergbau hatte nach dem Krieg Hochkonjunktur, die sich zum Konjunkturaumel steigerte, als die Franzosen im Frühjahr 1923 das Ruhrrevier besetzten. Nach 1924 wurden die Verhältnisse in der Kohlenproduktion und auf den Kohlenmärkten wieder normal und für den englischen Bergbau begann eine recht empfindliche Krise. Vor allem hatte er gegen die wiedererstarke deutsche Konkurrenz in den nord-europäischen Ländern und in Nord- und Ostdeutschland zu kämpfen. Hier ging auch der englische Absatz infolge des deutschen Wettbewerbs zurück; der Arbeitsmarkt im englischen Bergbau verschlechterte sich von Monat zu Monat und die Arbeitslosigkeit wies Rekordziffern auf. Da griff die englische Regierung ein und gewährte aus staatlichen Mitteln an den englischen Bergbau Beihilfen, sogenannte Subventionen, Subventionen, die ungefähr 2 Mk. pro geförderter Tonne Kohle ausmachten. Auf Grund dieser Subventionen dürften ungefähr 500 Millionen Mark aus dem Staatsfiskus in den englischen Bergbau geflossen sein. Die Subventionen wurden im Frühjahr 1926 eingestellt. Da die Bergindustriellen nun die Löhne ihrer Arbeiter reduzieren wollten, kam es zu jenem historischen Streit, der monatelang dauerte und in dem der englische Kohlenexport wichtige Märkte, besonders an die deutsche Kohlenindustrie verlor. Um diese Märkte, die man bestrittene Gebiete nennt, wird nun seit Jahr und Tag gekämpft. Man ermäßigt die Preise, treibt also ausgesprochenes Dumping, und will so den Konkurrenten aus dem Felde schlagen. Natürlich kostet ein solcher Kampf Geld und abermals Geld. Der deutsche Bergbau verschafft sich dieses Geld, indem er die Inlandpreise für Kohle überseht hoch hält und immer wieder weiter heraufsetzt. Die Engländer verlassen sich dabei durchaus auf die Hilfe ihrer Regierung, die ihnen mit Kohlensubventionen unter die Arme greift. In diesem Sinne ist die von der englischen Regierung neubeschlossene Kohlensubvention zu werten. Selbstverständlich haben auch die deutschen Kohlenindustriellen die in England neu bewilligten Subventionen zum Anlaß genommen, um auch ihrerseits Forderungen nach Staatshilfe anzumelden und zwar wünschen sie eine ganz erhebliche Verbilligung der Kohlenfrachten, um den Kampf in dem bestrittenen Gebiete bis zum Weißblut weiterzuführen zu können! Willigt die deutsche Regierung und die Reichsbahn-Gesellschaft ein, so werden die Engländer wiederum ihre Subventionen steigern und so weiter, bis beide Teile nicht mehr können. Der Leser sieht, daß es sich bei dem Kampf um die bestrittenen Gebiete um eine große Berrücktheit handelt; auch die Streithähne sehen das ein und sprechen seit Monaten viel von der notwendigen Verständigung. Zu dieser Verständigung kann man aber nicht kommen, weil jeder möglichst viel Kohle in die bestrittenen Gebiete liefern möchte. So haben wir einen regelrechten Quotenkampf schlimmster Sorte, der auf Kosten der Verbraucher und der Arbeiter ausgetragen wird.

Daß es früher oder später zu einer Verständigung kommen muß, liegt auf der Hand. Wie diese Verständigung aber auch im einzelnen aussehen mag: die Tatsache bleibt bestehen, daß wir sowohl in England als auch in Deutschland Ueberproduktion an Kohle haben. Wir haben zuviel Bergleute, hüben und drüben.

III. Textilprobleme.

Der englische Textilexport geht seit Jahren zurück. Nach dem Kriege stieß dieser Export auf die Textilindustrie überseeischer Länder, die während des Krieges von England selbst entwickelt wurde. Die Industrialisierung überseeischer Länder ist an und für sich kein Schade, da die Industrie der Kaufkraft jener Länder stärkt und sie zum Kauf europäischer Qualitätsware befähigt. Gewöhnlich ist die Entwicklung so: was im Export von Stapelware nach Uebersee eingebürgert wird, holt man durch die Ausfuhr von Qualitätswaren wieder herein. Dieser Mechanismus scheint aber für die englische Textilindustrie, besonders aber für Lancashire, nicht ganz zu funktionieren. Jedenfalls befragt die Statistik, daß der englische Textilexport ständig an Boden verliert. So betrug beispielsweise in der ersten Hälfte des Jahres 1925 die Ausfuhr von englischen Baumwollgarnen 97 Millionen englische Pfund (lbs) und im ersten Halbjahr 1926 sogar 107 Millionen Pfund. Für das Jahr 1928 ergibt sich ein Rückgang auf 87 Millionen Pfund. Ähnlich steht es um die Ausfuhr von Kammergarnen, von Baumwollstücken und Wolle. Japan, das ebenfalls in den letzten Jahrzehnten eine Textilindustrie mit überlegener Kapazität entwickelte, steigerte z. B. seine Ausfuhr nach Ägypten von 0,9 Millionen ägyptischen Pfund im Jahre 1926 auf 1,2 Millionen im Jahre 1927. Die Steigerung der Ausfuhr entfällt vorzugsweise auf Textilien. Sozusagen vor seiner Haustür, vor seiner Nase, kann England seinen alten traditionellen Textilexport nicht behaupten. Man begann in Lancashire nach berühmten Mustern zu rationalisieren, konzentrierte und

legte Betriebe zusammen und still. Ohne Erfolg. Die Lage verschlechterte sich und hier heißt es wie im Bergbau: zuviel Arbeiter!

IV. Chronische Arbeitsmarktkrise.

Zuviel Arbeiter! Das will doch nur heißen, die chronische Arbeitsmarktkrise ist in England mal wieder akut geworden, mußte es werden, wegen der geschilberten Entwicklung in der Textilindustrie und im Bergbau. Insgesamt betrachtet stellt sich die englische Arbeitsmarktlage gegenwärtig nicht wesentlich ungünstiger als in den Vorjahren dar. Von den rund 11,8 Millionen gegen Arbeitslosigkeit versicherten Personen in England waren Mitte Juli 1928 etwa 1,250 Millionen arbeitslos. Das sind ungefähr 11 Proz. gegenüber 9,2 Proz. im Sommer 1927, 15 Proz. im Sommer 1926 und 12 Proz. im Sommer 1925. Anlaß zu Befürchtung scheint auch die Tatsache zu geben, daß sich die Arbeitsmarktlage im ersten Halbjahr 1928, gegen alle Erfahrung und alle Regel, nicht verbesserte. In der Zeit von März 1927 bis Juni 1927 ging der Arbeitslosenprozentsatz von 9,9 auf 8,8 zurück. In derselben Zeit des Jahres 1928 steigerte er sich aber von 9,6 auf 10,8. Auch das ist an und für sich für die Beurteilung der Gesamtentwicklung kaum von ausschlaggebender Bedeutung; anders wird aber das Bild, wenn wir die Entwicklung der Arbeitslosigkeit in den einzelnen Wirtschaftszweigen betrachten. Insgesamt steigerte sich die Zahl der in England registrierten Arbeitslosen von Ende Mai 1928 bis Ende Juni 1928 von 979 000 auf 1 053 000. Die Zunahme beträgt 74 000. Es handelt sich hier, wohlgemerkt, um männliche Arbeitslose. An dieser Steigerung ist der



Bergbau mit 43 000 Personen beteiligt; die anderen Hauptwirtschaftszweige, die Eisenproduktion, die Werftindustrie und der Maschinenbau, zeigen dagegen keine oder nur geringfügige Verschlechterungen. Nur die Textilindustrie weist eine Erhöhung der Arbeitslosenzahl um 7000 auf. Man könnte sagen, daß sich die Entwicklung in der Textilindustrie damit wesentlich günstiger vollziehe als die im Bergbau und daß die Textilindustrie weniger notleidend sei als die Kohleproduktion. Das ist keineswegs der Fall! Bewiesen wird das durch einen Blick auf die Statistik der weiblichen Arbeitslosen. Die Arbeitslosigkeit unter den Arbeiterinnen in England nahm von Mai 1928 auf Juni 1928 um 32 000 auf 221 000 zu. An dieser Steigerung sind die Textilarbeiterinnen mit 17 000 beteiligt. Insgesamt erhöhte sich die Zahl der arbeitslosen Textilarbeiterinnen in der angegebenen Zeit von 49 000 auf 66 000. Die Verschlechterungen des englischen Arbeitsmarktes gehen zu Lasten des Bergbaus und der Textilindustrie. Es ist deshalb kein Zufall, daß man gerade für den englischen Bergbau Subventionen bewilligte und daß gerade in der englischen Textilindustrie ein Arbeitsmarktkampf droht, der sich an Größe und Wucht mit dem Bergarbeiterkampf im Jahre 1926 vergleichen läßt. Er kann unter Umständen für Englands Außenmärkte dieselbe Bedeutung erlangen wie der Bergarbeiterkonflikt 1926, was für die deutsche Textilindustrie von Wichtigkeit werden kann.

V. Was ist passiert?

Wenn die chronische Arbeitsmarktkrise im Bergbau und in der Textilindustrie Englands mal wieder aufgeflackert ist, kann das doch nur daher rühren, daß Absatz und Leistungsfähigkeit dieser Industrie nicht übereinstimmen. Das Resultat ist vorerst eine große industrielle Reservearmee, ein furchtbares Arbeitslosenheer, dem man nirgends Arbeit verschaffen kann. Man will, getreu kapitalistischen Rezepten, die Opfer des modernen Kapitalismus in anderen Berufen, die von der Konjunktur mehr begünstigt sind, unterbringen. Man spricht von einer großzügigen Umgruppierung und liebäugelt wieder mit dem Gedanken, die Arbeiter des europäischen Mutterlandes in den Kolonien anzusetzen. Vorläufig will man aber den Export steigern, mit Subventionen und Lohndruck. Und wenn es gelänge und wenn man den Export wieder auf Vorkriegshöhe brächte, würde man sehen, daß immer noch zuviel Arbeiter vorhanden sind. Das ist tragisch, und doch nur eine Verkennung der volkswirtschaftlichen Entwicklung. Sollte die chronische Arbeitsmarktkrise in England nicht darauf zurückzuführen sein, daß der Verbrauch im Lande nicht mehr der Leistungsfähigkeit der Industrien entspricht und weniger darauf, daß der Export zurückgegangen ist?

VI. Der widerlegte Professor.

Betrachten wir in diesem Zusammenhange einmal kurz die Entwicklung der Kapitalismärkte in England. Es ist dem Finanzkapitalismus drüben trotz der schlimmen Arbeitsmarktkrise nicht schlecht gegangen; es ist auch in den Jahren, wo die Arbeitslosenziffer zwischen einer Million und zwei Millionen Köpfen hin- und herpendelte, drüben sehr viel neues Kapital gesammelt worden. Die Banken haben ihre Reserven erhöht. Man hat Geld; man kann also kaufen und arbeiten. Und doch kauft man nicht. Und doch hat man ständig Krisen.

Das ist das Rätsel und das ist auch das Streitobjekt der Meinungen. Auch in Deutschland gibt es Theoretiker und Praktiker, die da meinen, man müsse möglichst viel Kapital häufen und in der Wirtschaft ginge dann alles wie am Schnürchen. Die Praktiker dieser Auffassung in Deutschland vertrieben sich vor ungefähr zwei Jahren den schwedischen Professor Gustav Cassel. Der wies vor einem Kreis von hohen Ämtern haarscharf nach, daß Deutschland Geld häufe und die Arbeiter auf Lohnhöhen verachte. Zum Glück hat man den guten Cassel in deutschen Kreisen, die etwas zu sagen hatten, nicht ganz ernst genommen. Und es ist wirklich gut, daß man den berühmten Ökonomen aus Schweden so und nicht anders behandelte. Das Beispiel in England, wo man nach Cassels Rezept Geld schaufelte, zeigt klar, daß sich eine Konjunktur nur auf Grund höchstmöglicher Löhne, anturbein läßt und daß jeder Pfennig ersparten Kapitals nur dann Wert für eine Wirtschaftsbelebung hat, wenn er durch die Lohnhüte des Arbeiters gelaufen ist.

VII. Von der Lohnhüte und dem ersparten Pfennig.

Diese Tatsache verkennt zu haben, ist die Schuld des englischen Unternehmertums. Deshalb ist man in England in die chronische Arbeitsmarktkrise geschilbert. Vor gut 4 oder 5 Jahren ergab sich die Notwendigkeit einer großen Preisaufschlagung auf den Weltmärkten. Für Deutschland entwickelten sich die Dinge so, daß die Preise infolge der großen Marktentwertung, der Inflation, auf ein Minimum gedrückt waren; die deutschen Preise konnten also in das Niveau auf den Weltmärkten hineinwachsen. Für England ergab sich aber und zwar auch infolge der Bereinigung seiner Baluta, der Aufbesserung des Sterlingkurses, die Notwendigkeit, die Preise auf Weltmarktstand zu reduzieren. Im Jahre 1924 wurde die Tonne englischer Exportkohle noch mit 23 Schilling 5 Pence bezahlt. Der Preis ermäßigte sich im ersten Halbjahr 1928 auf 15 Schilling, 9 Pence. Der Preisdruck mußte natürlich die Profitquote des englischen Unternehmertums bedrohen. Dem suchte man durch Druck auf die Löhne zuvorzukommen. Ohne Zweifel hat sich in wichtigen Wirtschaftszweigen Englands der Reallohn unter Einfluß dieser Entwicklung ganz bedeutend gesenkt. Das bedeutet doch nur Verringerung der Kaufkraft, Verringerung des Verbrauchs, Verringerung des Umsatzes. Wie sehr das der Fall ist, mag aus folgenden Zahlenzusammenstellungen hervorgehen: Die Eisenerzeugung sank, immer im ersten Halbjahr, von 3,730 Millionen Tonnen im Jahre 1927 auf 3,422 Millionen Tonnen, die Stahlerzeugung von 4,990 Millionen auf 4,290 Millionen; der Eisen- und Stahlexport erhöhte sich wohl von 1,950 Millionen Tonnen auf 2,130 Millionen; dagegen ging aber die Stahl- und Eiseneinfuhr von 2,750 Millionen Tonnen auf 1,540 Millionen Tonnen zurück. Aus diesen Zahlen spricht, da der Eisenverbrauch ein wichtiger Gradmesser für die Kaufkraft ist, ein ganz erheblicher Rückgang derselben. Anstatt ihre Produktion umzustellen, vernünftig zu rationalisieren, die Gesteungskosten zu senken und die Reallohne unangetastet zu lassen, bzw. zu erhöhen, haben die englischen Industriellen die Kaufkraft ihres Landes herabgeschlagen. Das sind die Folgewirkungen des Kapitalpfennigs, der nicht durch die Lohnhüte des Arbeiters ging. Sollte dieses Beispiel nicht die „Praktiker“ in Deutschland warnen?

VIII. Eine gemeinsame Gefahr eine europäische Gefahr!

Der englische Gelehrte Keynes hat in diesen kritischen Tagen Mut bewiesen. Er hat in der internationalen Presse einen Artikel veröffentlicht, in dem er den englischen Kapitalisten zuruft: Was wollt Ihr mit Euerem Geld in den Banktresors? Sollen es die Wollen und der Rest freisen? Warum gebt Ihr es nicht an die Kommunen oder anderswo hin, wo man mit Geld produzieren und wo die gesteigerte Produktion die Kaufkraft des Landes stärken kann? Ihr habt doch alles im Land und habt vor allem Geld; mit welchem Recht behauptet Ihr, daß die chronische Arbeitsmarktkrise unüberwindbar und unabwendbar ist?

Das heißt ehrlich gesprochen. Aber wir fürchten, daß Keynes Stimme die Stimme des Predigers in der Wüste bleiben wird. Das englische Unternehmertum will Lohnreduzierung, will Subvention. Denn es will ja den Export steigern. Und hier beginnt ein Kapitel, das nach Imperialismus schmeckt. Daß sich Lancashire gegen die oben angedeutete Textilinvasion in Ägypten (doch nur typisch für hundert andere Fälle) wehren will und muß, ist ganz selbstverständlich. Und betrachten wir die Lage auf dem Kohlenmarkt, so ergibt sich ähnliches. Die Kohlenausfuhr aus England ging von 31 130 Mill. Tonnen im ersten Halbjahr 1924 auf 24 584 Mill. im ersten Halbjahr 1928 zurück. Der Rückgang entfällt insbesondere auf die nord-europäischen Länder, auf Schweden, Norwegen, Dänemark, Deutschland, Belgien usw. Gerade dort, wo die deutsche Konkurrenz tätig ist. Hier hat England im Laufe von vier Jahren mehr als die Hälfte seines Exports verloren. Diese Länder sollen jetzt, ehe man sich auf dem Gebiet der Kohle verständigt, zurückgewonnen werden. Es ist ein imperialistischer Krieg, den man zum Teil schon führt, und der zum anderen Teil durch Subventionen und Lohndruck eingeleitet werden soll. Einen solchen Krieg kann man nur auf Kosten der Arbeiterschaft führen. Er wird alle Länder Europas verwickeln und diese Länder werden den Krieg nur mit denselben Mitteln führen können, die England anwendet. Das bedeutet Reduzierung der europäischen Lebenshaltung, Vernichtung der europäischen Kaufkraft und weitere Desorganisation der europäischen Arbeitsmärkte. Das ist die Gefahr, die der Arbeiterschaft aller europäischen Länder droht!

Die Konzentration ist im letzten Augenblicke verhindert worden, da nach Befehl der Regierung die Textilindustrie in den Ramsay-Bezirk, die Arbeit wieder aufgenommen haben.

Politische Wochenschau.

Die bayerischen Eisenbahnkatastrophen. — Die Krise bei den Deutschnationalen. — Ein Betrugsversuch am Deutschen Reich. — Die Unterzeichnung des Kellogg-Paktes. — Der Internationale Sozialistenkongress. — Ein Erfolg der chinesischen Regierung.

Raum zwei Wochen waren vergangen, daß sich in Nürnberg ein Eisenbahnunglück ereignete, das zehn Todesopfer und 25 Verletzte forderte, als die Nachricht von einer neuen schweren Eisenbahnkatastrophe in Bayern die Welt wiederum in große Erregung versetzte: auf der Station Dinkelscherben bei Ulm war ein beschleunigter Personenzug auf einen Güterzug aufgefahren und diesmal mußten 18 Tote und 33 Schwerverletzte beklagt werden. Es ist kein Zufall, daß sich gerade in Bayern die Eisenbahnunglücke so häufen. Die Hauptschuld daran trägt die dortige Regierung, die das Eisenbahnnetz des Landes, bevor es vom Reich vor vier Jahren übernommen wurde, ganz heruntergewirtschaftet hatte. Trotzdem geht für die Ausgestaltung der Eisenbahnen in Bayern dreimal so viel ausgegeben wird als vor dem Kriege, ist bisher noch nicht wieder gutgemacht worden, was der bayerische Partikularismus früher gesundigt hat. Eine weitere Schuld trägt aber die Reichsbahnverwaltung, die durch Abbau von Beamten und Arbeitern, durch Überlange Arbeitszeit und ungenügende Entlohnung Sparpolitik am falschen Orte treibt. Das sind die wahren Ursachen auch der jüngsten Katastrophe, selbst wenn es sich bewährten sollte, daß ein Stellvertreter die Weiche falsch bedient hat. Der Generaldirektor der deutschen Reichsbahngesellschaft, Dr. Dorpmüller, hat in einer Besprechung mit Vertretern der Reichstagsparteien versprochen, daß die Mißstände in Bayern schleunigst beseitigt werden sollen. Außerdem wird der Reichsverkehrsminister einen Ausschuss von Sachverständigen und Parlamentariern zusammenberufen, der die Frage der Verkehrssicherheit auf den deutschen Eisenbahnen eingehend prüfen soll. Man kann sich von diesen Maßnahmen allerdings nur dann Erfolg versprechen, wenn die Vertreter der Eisenbahner daran mitarbeiten und deren Forderungen in bezug auf den Dienst erfüllt werden.

Am 1. Juli 1920 erworben worden waren, alles andere war Neubefiz. Die Altbesitzer sollten ein Viertel des Neubefizes dagegen nur den vierzigsten Teil ihrer einstigen Goldbezahlung zurückhalten. Die Schwindler haben nunmehr versucht, Neubefiz als Altbesitz anzugeben. Die jetzt eingeleitete Untersuchung wird ergeben, ob ihnen in der Tat eine Täuschung der Finanzbehörden in größerem Umfang gelungen ist. Diese Betrugsversuche haben vor allem bei den Inflationsgeschädigten große Unruhe hervorgerufen, denn sie bedeuten nicht nur eine Schädigung des Reichs, sondern auch eine Verletzung ihrer eigenen Interessen. Daß bei diesen Betrugsversuchen auch politische Momente eine Rolle spielen, wie in mehreren Blättern behauptet worden ist, scheint nicht richtig zu sein.

Ende August soll in Paris auf einer großen Konferenz der Kellogg-Pakt unterzeichnet werden, in dem sich die großen Staaten der Welt gegenseitig verpflichten, auf den Krieg zu verzichten. Neben den Außenministern Englands, Amerikas, Frankreichs und der anderen Länder wird auch Herr Dr. Stresemann an der Konferenz teilnehmen; es ist das erstmalig seit 60 Jahren, daß ein deutscher Außenminister die Hauptstadt Frankreichs besucht. Weder der Kellogg-Pakt noch der Besuch Stresemanns in Paris bedeutet, daß nunmehr ein ewiger Friedenszustand zwischen den Nationen eingetreten ist. Dazu gehört mehr, dazu gehört vor allem der vorherrschende Einfluß der Arbeiterklasse auf die Regierungen ihrer Länder. Immerhin kann der Kellogg-Pakt als ein Versuch gewertet werden, den Krieg als Mittel der Politik zwischen den kapitalistischen Staaten auszuschalten. Der Weltkrieg hat eine so starke Bedrohung des kapitalistischen Systems gebracht, daß dessen Anhänger sich jetzt nach anderen Mitteln umsehen, um ihn vor einem psychischen Untergang zu retten.

Am 5. August ist im Volkshaus zu Brüssel der dritte internationale Kongress der sozialistischen Arbeiterinternationale zusammengetreten. Die Verhandlungen werden eröffnet mit der Besprechung der weltpolitischen Lage, ihr folgen die Punkte: Militarismus, Abrüstung und Kolonialproblem und schließlich die Erörterung der wirtschaftlichen Situation der Nachkriegszeit und der ökonomischen Politik der Arbeiterklasse. Dem Kongress sind die umfangreichen Berichte der Exekutive vorgelegt worden, die ein Bild der regen Tätigkeit widerspiegeln, von der die sozialistische Arbeiterinternationale erfüllt ist. An dem Brüsseler Kongress nehmen mehr als 500 Delegierte teil.

Die nationale Regierung in China hat bereits einen wichtigen außenpolitischen Erfolg erzielt: Die Regierung der Vereinigten Staaten hat mit ihr einen neuen Zolltarifvertrag abgeschlossen, der China volle Selbstverwaltung in allen Fragen der Zolltarifpolitik gewährt. Dieser Vertrag bedeutet die Anerkennung der neuen chinesischen Regierung, er bildet aber auch den ersten Schritt zur Wiederherstellung der vollen politischen und wirtschaftlichen Selbstständigkeit des chinesischen Reiches. Es kann nicht ausbleiben, daß auch die anderen Mächte dem amerikanischen Beispiel folgen und die nationale Regierung als die einzig rechtmäßige bestätigen. In eine üble Lage ist Japan gekommen, das sich in einem Konflikt mit der nationalen Regierung befindet. Es wird der japanischen Regierung nichts anderes übrig bleiben, als gleichfalls eine Verständigung mit China zu suchen. Man ist jetzt dort dabei, auf einer Nationalversammlung die völlige Einheit des Landes herzustellen.

Die Krise bei den Deutschnationalen nimmt immer schärfere Formen an. In Potsdam hat man den Abgeordneten Lambach wegen seines Bekenntnisses zur republikanischen Staatsform aus der Partei ausgeschlossen. Es ist ja allerdings anzunehmen, daß die höhere Instanz ein milderes Urteil fällen wird. Denn hinter Lambach steht der Deutschnationale Handlungsgehilfenverband und ein Teil der christlichen Gewerkschaften, und wenn die Deutschnationalen diese Kreise verlieren, so kann sie ihren Charakter als reine Unternehmensepartei nicht mehr verleugnen. Nicht geringere Sorge machten den Deutschnationalen die Vorgänge im Reichslandbund. Es war hier zu schweren Differenzen zwischen den beiden Präsidenten gekommen, von denen der eine, Graf Kalkreuth, deutschnationale und großagrarische Interessen vertritt, während der andere, Herr Hepp, mehr als Bauernvertreter gelten wollte. Auf einer Vorstandstagung des Reichslandbundes haben sich die Vertreter der mittleren und kleinen Bauern sehr energisch gegen die bisherige deutschnationale Führung und den Mißbrauch des Landbundes zu deutschnationalen Zwecken gewandt. Man hat nun den Grafen Kalkreuth beiseite gelassen und dafür den früheren Reichsernährungsminister Schiele ins Präsidium gewählt, der zwar auch deutschnational, aber kein eigentlicher Großgrundbesitzer ist. Ob es auf diese Weise gelingen wird, die Unzufriedenheit der Bauern mit dem Landbund und den Deutschnationalen zu beseitigen, kann bezweifelt werden. Jedenfalls zeigt sich, daß der Einfluß der Deutschnationalen selbst auf dem Lande immer weiter zurückgeht.

Der frühere Sekretär von Hugo Stinnes, v. Waldow, ist in Salzburg verhaftet worden. Er wird beschuldigt, in Verbindung mit einem ausländischen Schwindelkonjunktur und unter Benutzung deutscher Banken den Versuch unternommen zu haben, das Deutsche Reich um viele Millionen zu schädigen. Im Jahre 1925 war vom Reichs-

und der Praxis der Arbeiterbewegung zuzunehmen, im besonderen auch über ihr Verhältnis zum Sozialismus, noch in weitem Umfang fehlte. Aus dieser Erkenntnis ist der Wunsch entstanden, auf dem Hamburger Kongress weiterzuarbeiten an der Klärung der Auffassungen über dieses Gebiet. Zur Vorbereitung wurde eine Gemeinschaftsarbeit über die Wirtschaftsdemokratie, ihr Wesen, ihren Weg und ihr Ziel fertiggestellt, in der der Versuch gemacht wird, sowohl theoretisch die Bedeutung der Wirtschaftsdemokratie für die Ideenwelt der Arbeiterschaft darzulegen, als auch vor allen Dingen die praktischen Ansätze einer Demokratisierung der Wirtschaft darzustellen, die man auf Grund der modernen Entwicklung des Kapitalismus und auf Grund der Einwirkung der wachsenden Macht der Arbeiterbewegung auf die Wirtschaftsstruktur erkennen kann. Das wesentliche Ergebnis der theoretischen Klärung geht dahin, daß die Aufstellung der Forderung der Wirtschaftsdemokratie durch die deutschen Gewerkschaften für sie weder einen Ersatz auf das sozialistische Ziel, noch einen Ersatz für den Sozialismus bedeutet, sondern eine Ergänzung der sozialistischen Idee in der Richtung der Klärung des Weges zur Verwirklichung.

Die Demokratisierung der Wirtschaft kommt praktisch zum Ausdruck in einer ständig verstärkten Durchdringung eines Gemeininteresses gegenüber dem Privatinteresse, in der Einschränkung der Alleinherrschaft der Unternehmer durch die Verfügung über die Produktionsmittel, der überall der Gedanke der Mitbestimmung gegenübertritt und schließlich in der Tendenz zur Schaffung einer neuen Verteilungsordnung, die vor allen Dingen im Ausbau der Sozialversicherung seinen Ausdruck findet. Wenn wir die Entwicklung der modernen Wirtschaft und des Rechtes überblicken, wenn wir die Wandlung des Arbeiterrechtes, die Wandlung der Wirtschaft von der freien Konkurrenz zum organisierten Kapitalismus, das ständige Wachstum der öffentlichen Betriebe und das Vorbringen der Eigenwirtschaft der Arbeiterbewegung, das in den Konsumgenossenschaften und in den eigenen gewerkschaftlichen Betrieben seinen Ausdruck findet, überblicken, so können wir, ohne uns irgendwelchen Illusionen über das Erreichte hinzugeben, doch sagen, daß zum großen Teil in Verbindung mit der Machtbildung der Arbeiterbewegung sich die Tendenzen einer Demokratisierung der Wirtschaft deutlich abzeichnen. Die Aufgabe der Arbeiterbewegung ist es, ihrem sozialistischen Ziel getreu die Entwicklung überall dort vorwärts zu treiben, wo wir die Ansätze zur Demokratisierung, die Ansätze zum Wachstum einer neuen Wirtschaft erkennen können. Es entspricht es der gegenwärtigen Entwicklungsstufe, daß wir versuchen,

den Weg zum Sozialismus im einzelnen klarer zu erkennen, als einen Weg zur Demokratisierung der Wirtschaft.

Leipart bemerkt zu dem Referat Kaphtalls, wichtig sei, daß die Unterforschung über die Frage des Ergebnisses gebracht habe, daß Demokratisierung der Wirtschaft kein Schlagwort sei, welches lediglich Hoffnungen erwecke, sondern eine konkrete Gegenwartsaufgabe. In dem dem Ausschuss vorliegenden Entwurf zu einer Entschließung sei an Stelle des Wortes „Wirtschaftsdemokratie“ der Ausdruck „Demokratisierung der Wirtschaft“ getreten. Darin komme zum Ausdruck, daß nicht ein Tatbestand, sondern ein Wachstumsprozeß den Inhalt des Problems darstelle.

In der Diskussion wurde anerkannt, daß die vorbereitenden Arbeiten über die Frage der Wirtschaftsdemokratie einen erfreulichen Fortschritt in der Klärung dieses Begriffes geschaffen haben. Auch der Gedankengang des Entschließungsentwurfs wurde gebilligt; im einzelnen wurden von den Diskussionsrednern Vorschläge des Wortlautes vorgeschlagen. Was man heute sehen könne an Tendenzen der Entwicklung der ökonomischen Ordnung, die in der Linie zur Demokratisierung der Wirtschaft verlaufen, sei in den getroffenen Vorarbeiten aufgezeigt worden. Es war besonders notwendig, herauszuarbeiten, daß die gesamte Leistung der Gewerkschaften auf allen Einzelgebieten ihres Wirkungsbereiches Ansätze zur Demokratisierung der Wirtschaft geschaffen habe und fernerhin hervorbringe. Daß die Herausarbeitung dieses Gesichtspunktes durch die geleistete Vorarbeit gelungen sei, sei vor allem zu begrüßen.

Die endgültige Redaktion des im allgemeinen gebilligten Entwurfs der Entschließung wurde dem Bundesvorstand überlassen.

Zur Beratung stand sodann die Entschließung zur Frage der Vereinheitlichung und Selbstverwaltung in den Einrichtungen der sozialen Gesetzgebung. Hermann Müller erläuterte den vorliegenden Entwurf zu dieser Entschließung. Die Selbstverwaltung bestehe nur in der Krankenversicherung, aber nicht in der Unfallversicherung. In der Reichsverfassung wird dagegen eine maßgebende Beteiligung der Arbeitnehmer an der Leitung aller Zweige der sozialen Versicherung in Aussicht gestellt. Dieses Verfassungsversprechen muß verwirklicht werden. Auch unsere Forderungen zur Reform der Arbeitsaufsicht müssen durch den Kongress stärker in den Vordergrund des öffentlichen Interesses gerückt werden. Bei der Befragung der Posten in den Selbstverwaltungskörpern müsse das jetzt zur Befragung der Arbeitsrichter eingeführte Verfahren Anwendung finden, nach dem die Vertreter der Arbeitnehmer und Arbeitgeber in den Selbstverwaltungsorganen auf Vorschlag der beiderseitigen wirtschaftlichen Vereinigungen zu bestellen sind. — Auch dieser Entschließungsentwurf fand die Zustimmung des Ausschusses.

Zur Tagesordnung des Gewerkschaftskongresses lag weiter vor der Entwurf für eine Entschließung über die Bildungsaufgaben der Gewerkschaften.

Otto Heßler, der Bildungssekretär des Bundes, bemerkte hierzu erläuternd, daß auf die Aufstellung konkreter Forderungen für das Volksschulwesen und das Berufsschulwesen nicht verzichtet werden könne. Die Gewerkschaftsbewegung müsse dem Volk- und Berufsschulwesen, seiner grundlegenden Bedeutung für die Arbeiterbildung entsprechend, ein tätiges Interesse entgegenbringen. Die Forderungen zu diesen Zweigen des nationalen Schulwesens, die Heßler im einzelnen kurz begründet, bilden den ersten Teil der Entschließung, deren zweiter Teil sich auf das gewerkschaftliche Bildungswesen bezieht. Die Entschließung wird ihre Ergänzung finden durch ausführlichere Leitsätze zu den Bildungsaufgaben der Gewerkschaften, denen der Bundesauschuss seine Zustimmung erteilt.

Ferner lagen dem Bundesauschuss Entwürfe zu Entschließungen vor, die von der Arbeitsmarktpolitik handeln und Forderungen zur gesetzlichen Regelung der Arbeitszeit und der Arbeitsaufsicht sowie zum Jugendbeschäftigen erheben. Die Entwürfe wurden vom Bundesauschuss im allgemeinen gebilligt, in Einzelheiten abgeändert oder ergänzt. Zur Frage der Arbeitsmarktpolitik wird in der Diskussion mit großer Nachdruck die Forderung erhoben, daß die Berechtigung zum Bezug der Krisenunterstützung ausgedehnt werde auf die gesamte Dauer der Arbeitslosigkeit.

Die Beratung der vom Bundesvorstand vorgelegten Entwürfe war damit erledigt. Dem Bundesauschuss wurden sodann noch einige weitere Anträge, die den Gewerkschaftskongress beschäftigen werden, vorgelesen.

14. Sitzung des Bundesauschusses des ADGB.

Der Bundesauschuss des ADGB begann in der 14. Sitzung am 30. Juli seine Arbeiten mit der Beratung einer Entschließung über die Anerkennung der Berufskrankheiten als entschädigungspflichtig im Sinne der Unfallversicherung. Die Entschließung wurde nach einer Erläuterung ihres Zweckes durch den Vorsitzenden, Genossen Leipart, und kurzer Debatte einstimmig angenommen. Sie lautet:

„Von den zahlreichen Berufskrankheiten, die als Arbeitsschäden in gleicher Weise wie Unfälle das Leben und die Gesundheit der Arbeiterschaft bedrohen, sind nur 11 durch die Verordnung des RM. vom 12. Mai 1925 als entschädigungspflichtig anerkannt und in die Unfallversicherung einbezogen worden. Obwohl der Sozialpolitische Ausschuss des Vorläufigen Reichswirtschaftsrates nach eingehender Vernehmung von Gutachtern 10 weitere Berufskrankheiten (darunter die Vergiftungen durch Schwefelwasserstoff, Kohlenoxyd, Mangan, gewerbliche Hautkrankheiten, Taubheit und Schwerhörigkeit in Särbetrieben, Erkrankungen durch Preßluftwerkzeuge und Staubungsenerkrankungen in der Steinindustrie, im Bergbau und in der Metallindustrie und in Thomaschlackenbetrieben) zur Aufnahme in die genannte Verordnung empfohlen hat, ist die Gleichstellung dieser Berufskrankheiten mit den entschädigungspflichtigen Unfällen noch nicht erfolgt.“

Der Bundesauschuss des ADGB erwartet vom Reichsarbeitsminister die Erweiterung der Verordnung vom 12. Mai 1925 zunächst um diejenigen Berufskrankheiten, die der Reichswirtschaftsrat zur Gleichstellung mit den Unfällen empfohlen hat. Darüber hinaus fordert der Bundesauschuss die Anerkennung aller Krankheiten, die überwiegend durch Berufsarbeit verursacht sind, als entschädigungspflichtige Berufskrankheiten.

Ferner erwartet der Bundesauschuss, daß auch die Durchführung der Verordnung den berechtigten Interessen der Versicherten Rechnung trägt, wie es in einer Eingabe des Bundesvorstandes am 28. Oktober 1927 den zuständigen Regierungsstellen gegenüber zum

Ausdruck gebracht worden ist. Die Begutachtung der Berufskrankheiten vor den Versicherungsämtern durch Vertrauensärzte der Berufsgenossenschaften und wirtschaftlich vom Unternehmer abhängige Fabrikärzte hat nachweislich Mängel gezeigt. Es sollen daher bei der zur Durchführung der Verordnung nötigen Begutachtung in erster Linie beamtete Ärzte, die die nötigen Fachkenntnisse besitzen, herangezogen werden. Diese erscheinen durch ihre amtliche Stellung, die für ihre Objektivität und Freiheit von wirtschaftlichen Interessen bürgen muß, geeignet, das erschütterte Vertrauen der Arbeiterschaft zu der genannten Verordnung wieder herzustellen.“

Die Sitzung war vornehmlich einberufen worden, um die dem Hamburger Gewerkschaftskongress vorzulegenden Entschließungen und Anträge

zu beraten. Ansehendere waren, führte Leipart, die Erörterungen hierüber einleitend, aus, Vorarbeiten nötig zur Klärung des Begriffs der Wirtschaftsdemokratie und zur Erkenntnis der Wege und Möglichkeiten zu ihrer Durchführung. Da der Punkt „Verwirklichung der Wirtschaftsdemokratie“ der wichtigste Beratungsgegenstand des Kongresses sein werde, müsse diese Frage auch vom Ausschuss vorbringlich behandelt werden. Genosse Kaphtali von der Forschungsstelle für Wirtschaftspolitik habe es übernommen, über die Vorarbeiten zur Erledigung dieses Punktes der Kongrestagesordnung zu berichten.

Nachdem auf dem Breslauer Gewerkschaftskongress zum ersten Male das

Problem der Wirtschaftsdemokratie angeschnitten worden war, führte Kaphtali aus, ist die Diskussion darüber nicht verstimmt. Aber es zeigte sich bald, daß von dem Breslauer Gewerkschaftskongress zwar eine Fülle von Anregungen ausgegangen ist, daß aber die Klarheit über das Wesen der Wirtschaftsdemokratie, über die Stellung, die ihr innerhalb der Theorie

Aus den Gewerkschaften.

Grundsteinlegung der Bundeschule des ADGB.

Das kleine märkische Städtchen Bernau stand am Sonntag, dem 29. Juli 1928, östlich unter der Feier der Grundsteinlegung für die erste Bundeschule des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes. Das Städtchen Bernau prangte im reichen schwarzgoldenen Flaggenschmuck und machte den Eindruck, als ob sämtliche Einwohner Bernaus mit Freude und Stolz an dem Ereignis teilnahmen. Die Berliner Gewerkschaften sowie die der Städte im weiteren Umkreis hatten starke Delegationen zur Feier abgeandt.

Die Vereine nahmen am Vormittag Aufstellung auf dem Marktplatz vor dem Rathaus. Der Bürgermeister der Stadt Bernau, Dr. Gerike, hielt eine Ansprache, in der er die Freude der Stadt zum Ausdruck brachte, daß die Vertretung der Gewerkschaften im Bereiche dieser Stadt ihre erste Festhalle errichtet. Eine weitere Ansprache hielt dann der Bezirkssekretär des ADGB, Genosse Vollmerhaus. Vorher hatte der Bernauer Gesangverein die Feier mit dem Gesang „Festtag“ eingeleitet.

Vom Marktplatz aus marschierte dann der große Festzug, der von den Bernauer Einwohnern umrahmt wurde und der ein großes Heer von Fahnen und Bannern mit sich führte, nach dem Festplatz. Nach 15minütigem Marsch gelangte der Festzug auf dem Festplatz an. An der Feier der Grundsteinlegung beteiligte sich unter anderem der Posaunenchor der Staatsoper, der Gesangverein der Berliner Buchdrucker und Schriftsetzer „Typographia“ und der Sprech- und Bewegungsschor der Freien Gewerkschaftsjugend Berlin. Die Festrede hielt der Genosse Leipart. Er führte u. a. aus: „Wissen ist Macht, Bildung macht frei.“ Diese Erkenntnis sei stets Leitstern der deutschen Arbeiterbewegung gewesen. In der Grundsteinlegung für die erste Bundeschule des ADGB soll dem praktischen Gestalt geben werden. Die Gewerkschaften seien nicht nur Streikvereine, sondern sie seien auch bestrebt, neben der Verbesserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen, der Arbeiterschaft auch die Möglichkeit zu geben, an den Kulturgütern der Welt teilzunehmen. Die Gewerkschaftsbewegung sei eine Kulturbewegung. Als Beweis dafür diene das Werk, das hier begonnen werden soll. Diese Schule soll sich als ein wichtiges gewerkschaftliches Kraftzentrum aufbauen.

Leipart schloß seine Rede mit einem begeistert aufgenommenen Hoch auf die Zukunft der deutschen Gewerkschaftsbewegung.

Der Bildungssekretär des ADGB, Heßler verlas die gedruckte Urkunde und verwahrte sie in einer metallenen Hülle. Der Bundesvorsitzende, Genosse Leipart, ergriff als erster den Hammer und vollzog die traditionellen drei Hammerschläge mit den Worten:

„Für den Fortschritt der deutschen Gewerkschaften. Für den weiteren Aufstieg der deutschen Gewerkschaften. Für das Wohl des deutschen Volkes.“

Weitere Hammerschläge führten aus der Landrat Schlemminger, der Bürgermeister Dr. Gerike und der bauleitende Architekt Hannes Meyer, die alle dem Werk des ADGB, das Beste wünschen.

Aus der Textilindustrie.

U. S. A. Ausfuhrstatistik im Juni.

Die vom amerikanischen Handelsamt veröffentlichte Monatsstatistik über die amerikanische Ausfuhr im Juni bringt, verglichen mit dem Vormonat, wiederum einen leichten Rückgang der Ausfuhrwerte. Die Gesamtausfuhr im Monat Juni betrug sich auf 811 000 lb im Werte von 718 000 Dollar (gegenüber 902 000 lb im Werte von 824 000 Dollar im Vormonat). Der deutsche Anteil beläuft sich auf 135 000 lb im Werte von 142 000 Dollar (287 000 lb im Werte von 314 000 Dollar im Vormonat), hat also einen Rückgang erfahren. Die holländische Ausfuhr dagegen weist eine Steigerung gegen den Vormonat auf. Sie beläuft sich auf 176 000 lb im Werte von 172 000 Dollar (Vormonat 114 000 lb, Wert 96 000 Dollar). Frankreichs Ausfuhranteil im Juni ist rückläufig; er erreichte 106 000 lb im Werte von 101 000 Dollar (Vormonat 119 000 lb, Wert 100 000 Dollar). Italien dagegen erfährt eine beachtliche Steigerung: 319 000 lb im Werte von 338 000 Dollar (Vormonat 274 000 lb im Werte von 216 000 Dollar). Die Ausfuhr von Textilien im Monat Juni betrug sich auf 242 000 lb im Werte von 32 000 Dollar (292 000 lb, 35 000 Dollar), die sich auf Deutschland, die Schweiz und Italien verteilen. (Konfektionär.)

Berichte aus Fachreisen.

Bahnen. In der hiesigen Flachspinnerei scheint die Kurzarbeit wieder einmal eine chronische geworden zu sein. Nachdem erst im Jahre 1926 die Arbeiter des genannten Betriebes zur einjährigen Kurzarbeit von vier bis herab zu zwei Tagen in der Woche verurteilt waren, arbeiten die Fernisten der Armen bereits wieder seit Ostern dieses Jahres kurz, und zwar erst vier und dann drei Tage in der Woche oder eine Woche voll und die andere Woche überhaupt nicht. Wie es der arbeitenden Arbeiterschaft überhaupt noch möglich ist, mit diesem erbärmlichen Verdienst noch leben zu können, ist jedem verständlichen Menschen verständlich. Nur der Direktion oder den Inhabern der Firma macht es scheinbar keine Kopfschmerzen, wenn ihre Arbeiter nicht arbeiten, ob die Fernisten der Armen überhaupt noch etwas zum Leben haben oder nicht, die Hauptsache ist, daß die armen Arbeiter nicht streiken und vor allen Dingen den Kund halten. Es soll vorgekommen sein, daß diejenigen Arbeiter, die sich erlaubten, ihre Interessen sowie die Interessen ihrer Mitarbeiter zu vertreten, des heißt nicht mit dem Flugzeug, sondern zum Betriebsrat kamen.

Selbst hat die Arbeiterschaft alle ihre Rechte, die ihr betreffs Kurzarbeit und Entlassungen durch das Betriebsratsgesetz gegeben sind, bekannt gemacht, daß sie sich für diese Angelegenheit keinen Betriebsrat wünscht, sondern keine Möglichkeit besitzt, sich gegen ungewollte Entlassungen und Entlassungen wehren zu können. „Friede kommt das“ - Spruch glaubt ein großer Teil der betreffenden Arbeiter, wenn eine Organisation, eine wirtschaftliche Vereinigung nicht so besteht und nicht gar nicht, daß sie somit immer mehr zum Schicksal des einzelnen Arbeitnehmers herabstinkt. Ein Teil der arbeitenden Arbeiter glaubt wieder durch Schmus und Verwahrloshung sich ihr Los verbessern zu können, ohne zu merken, daß sie nur Werkzeug in den Händen des Unternehmers oder dessen Handlanger sind. Zweifelslos hat sich die Arbeiterschaft

ADGB-Gewerkschaftskongress.

Der ADGB-Bund ruft durch Ausschreiben in der ADGB-Bundeszeitung den 3. ADGB-Gewerkschaftskongress für den 1., 2., 3. und 4. Oktober 1928 nach Hamburg, Besenbinderhof 57, Gewerkschaftshaus, ein. Die vorläufige Tagesordnung ist:

1. Konstituierung des Kongresses.
2. Geschäftsbericht. — Berichterstatter: S. Aufhäuser, M. d. R. und M. d. RWR. — B. Stähr, M. d. RWR.
3. Die Bedeutung der Angestellten innerhalb der Wirtschaft und der Arbeiterklasse. Die Stellung des Angestellten in der Industrieorganisation der Nachkriegszeit. Redner: Albert Thomas, Direktor des Internationalen Arbeitsamts Genf. Die Umschichtung des Proletariats. Redner: Prof. Dr. Leberer, Heidelberg. Die Angestellten in der deutschen Wirtschaft. Berichterstatter Dr. D. Suhr.
4. Organisation des ADGB-Bundes: Berichterstatter: Otto Schmelzer, M. d. RWR.
5. Angestelltenrecht der Seeleute. Berichterstatter: G. Freese; Dr. F. Pfirrmann, M. d. RWR.
6. Wohnungsfragen. Berichterstatter: A. Vinneke.
7. Anträge.
8. Wahlen.

Arbeiterbewegung.

Der Kongress der Sozialistischen Arbeiterinternationale in Brüssel.

Am Sonntag, dem 5. August 1928, ist in Brüssel im großen Festsaal des Volkshauses der 3. internationale Kongress der Sozialistischen Arbeiterinternationale zusammengetreten. Die Verhandlungen werden eine volle Woche dauern. Die Tagung wird eröffnet werden durch eine Rede des Vorsitzenden der SWJ, Artur Henderston. Darauf wird Emil Vandervelde im Namen der gastgebenden belgischen Arbeiterpartei sprechen. Die Tagesordnung umfaßt folgende Punkte:

1. Die weltpolitische Lage und die internationale Arbeiterbewegung.
2. Der Militarismus und die Abrüstung.
3. Das Kolonialproblem.
4. Die wirtschaftliche Situation der Nachkriegszeit und die ökonomische Politik der Arbeiterklasse.
5. Bericht und Antrag der Internationalen Frauenkonferenz.
6. Organisatorische Fragen der SWJ.

Hervorzuheben ist noch, daß zwei besondere Abschnitte den wirtschaftlichen Fragen gewidmet sind: Der Kampf um den Achtstundentag und den Konferenzen über die Wanderungsprobleme und die Fragen der Zoll- und Handelspolitik. Der Kongress wird durch eine Massendemonstration im Arbeiterzentrum Vütlich, an dem wohl mehr als 100 000 Arbeiter teilnehmen werden, stattfinden.

durch das Vorgehen des Unternehmers oder dessen Handlanger, die besten Vertreter der Arbeiterschaft bei passender Gelegenheit an die frische Luft zu befördern, Furcht einflößen lassen, und ihre Rechte, die gegebenen Befehle auch für sich in Anspruch zu nehmen, preisgegeben. Somit ist die Arbeiterschaft gegenüber dem Unternehmer vogelfrei — das heißt — der Unternehmer oder dessen Beauftragten können nun kündigen und entlassen, wenn sie wollen und niemand hat gegenwärtig ein gesetzliches Recht, dagegen klagbar vorzugehen.

Scheitern will die betreffende Firma jetzt auch von mehreren Kündigungen und Entlassungen Gebrauch machen, um dann mit der verminderten Zahl der Arbeiter noch einige Wochen fünf Tage in der Woche arbeiten zu können. Ueber die Ursachen des scheinbar chronischen schlechten Geschäftsganges brauchen wir uns an dieser Stelle nicht zu unterhalten, denn darüber ist die betreffende Arbeiterschaft nur zu gut unterrichtet. Aber der betreffenden Arbeiterschaft möchten wir den guten Rat geben, wenn sie sich das Fell nicht noch weiter über die Ohren ziehen lassen will, sich einen Betriebsrat zu wählen und sich der Organisation, dem Deutschen Textilarbeiterverband, restlos anzuschließen, um so als geschlossenes Ganzes hinter dem Betriebsrat zu stehen und dem Betriebsrat die Macht zu verleihen, die er bedarf, um die Interessen der Arbeiterschaft so vertreten zu können, wie es im Interesse derselben notwendig ist. Sich aber nicht durch Almosen vom Unternehmer kaufen zu lassen, sondern sich durch Kampf und mit Hilfe der Organisation ein Dasein zu schaffen, das eines Menschen würdig ist.

Görlich. Am 22. Juli veranstaltete die hiesige Arbeiterinnenkommission einen Ausflug nach dem Engelsdorfer Grund (Tschepstowatei). Begünstigt vom schönsten Wetter fuhren wir 1/2 Uhr morgens nach Ritzsch. Von dort wanderten wir zu Fuß über Kobornitz nach Ritzsch. Hier wurde gefrühstückt. Nach kurzer Rast ging es dann mit Gesang weiter über Trattkau nach Engelsdorf. Nach dem Mittagessen beschäftigten wir den Lohberg. Nach einigen Stunden gemütlichen Beisammenseins, wo unter anderem auch tüchtig das Lanzbein geschwungen wurde, traten wir gegen 7 Uhr abends den Heimmarsch an. Es ging wiederum mit Gesang durch den herrlichen Engelsdorfer Grund nach Seidenberg. Von dort führte uns die Eisenbahn der Heimat zu. Dieser Ausflug hat wieder dazu beigetragen, das Zusammengehörigkeitsgefühl mehr zu festigen, und so sind wir uns gewiß, daß allen Teilnehmern diese froh verlebten Stunden noch lange in Erinnerung bleiben werden. M. Sw.

Literatur.

Inhaltsverzeichnis der Lieferung 8 der Metall-Textilberichte, Heidelberg.

Mechanisch-technischer Teil. Freister, Die Feinspinnmaschine der Langsamer-Kammgarnspinnerei vom englischen Standpunkte. Batsch, Die Konstruktion der Spinnzentrifuge. Baumann, Die Hebelkammgarnspinnerei. Hamann, Beobachtungen über die Vorrichtung für Bandwebstühle zum Auslösen des Warenabzugs. Schäfer, Kerenbaumtrocknen mit Kerenbaumregulatoren. Pöcher, Beiträge zur Kupferung von Schattentripfen. Triefel, Das Tröden auf Changier-Spinnmaschinen. Benzke, Moderne Zentrirungen für moderne Webereien. Hand, Neuzzeitliche Appreturmächinen. Hahn, Die Verwendung vertikaler Wellen beim Gewebe-Spannen.

Maschinenbau. Heining, Die Jacquardstrickmaschine. Fortschritte und Verbesserungen im Textilmaschinenbau; Obermaier-Spartatoren.

Textile Forschungsberichte. Wagner, Die letzten Floden gefärbter Seide (Entgegnung). The Textile Institute Manchester, in Köln, Pflingten 1928, Wissenschaftliche Abteilung des Deutschen Werkstoffs für Farbtunde, Dresden, Auszug aus dem Bericht von Prof. Kraus und aus dem Vortrag von Prof. Dr. Klughardt, Mitteilungen des Deutschen Forschungsinstituts in Karlsruhe. Weis, Dehnung, Elastizität und Ermüdung von Textilfasern. Bartsch, Die Untersuchung von Wollschäden in Papiermaschinen. Feldhaus, Wer erfand die Kunstwolle?

Chemisch-technischer Teil. Kabe, Zupania B, ein neues Färbereihilfsprodukt. Wessler und Gmelin, Colloidaltröden und seine Anwendung in der Druckerei. Hoß, Novagol-fäureblau BL und GL. Drießen, Ueber den physikalischen Zustand des Dampfes im Continuum-Schneldämpfer. Jaeger, Das Färben und Imprägnieren auf der Continuum-Anlage. Schweitzer, Naphthol AS-Studien an Cellulose. Günther, Auslösung von Seidenfäulen. Blaser und Girsberger, Eine einfache Methode zur Bestimmung des Fettgehaltes ausgewaschener Gewebe. Hagen, Feltron C in der Hutindustrie. Fehrmann, Ueber das Färben von Geweben im Stück in Apparaten mit freieschwebender Flotte. Gaer, Kunstseide im Stück in der Textilindustrie. Engel, Ueber Verwitterung und Färbung von Kunstseide. Lehren, Die Bildung von Zinkseifen. Münch, Beschaffenheit der Wolle.

Weltzeitung, Weltzeitschriften, Neue Bücher. Neue Farbstoffe. Chemische Präparate und Musterkarten. Feldhaus, Zur Geschichte der Textilindustrie. Technische Auskünfte. Fragen. Antworten. Gekochte Bezugsquellen.

Betriebslehre, Organisation, Mitteilungen des Fachnormenausschusses für Textilindustrie und Textilmaschinen. Normblattentwürfe für Webstühle, Schälstühle, Reissbaum-Bremse, Schiedbauten für Textilindustrie. Tarn, Der Zunkers-Doppeltolben-Dieselmotor. Zapp, Neuzzeitliche Textilfabriken fordern wirtschaftlich arbeitende Feuerungen, Triebwerke und Transportmittel. Loeschner, Vinyon oder richtiger Physiolonit und Textilindustrie.

Wirtschaftlicher Teil. Formelnbuch des Arbeiters, enthaltend 176 Muster zu Berechnen, Messen und Anträgen des Arbeiters. Für den praktischen Gebrauch der Arbeiternehmer und Arbeitervereine. Beiliger, Die Arbeitsverhältnisse der Arbeiter, Arbeitsrechte und ordentliche Gerichte, entworfen und erläutert von Reinhold Schirmer, Justizsekretär beim Arbeitsgericht, Berlin, und W. Kurt Schulz, Sanitätsrat, Berlin-Charlottenburg. Preis gebunden 5,40 Mk., in Heftform gebunden 6,80 Mk., 300 Seiten. Industrieverlag Spatz u. Kuhn, Berlin W 10.

Briefkasten.

W. Münchberg, Papiertort.

Bekanntmachungen des Vorstandes.

Sonntag, 12. August 1928, ist der Beitrag für die 32. Woche fällig

Achtung! Stiller Berlin.

Auf Beschluß der Branchenverwaltung vom 31. Juli 1928 finden von jetzt ab die regelmäßigen Ableseungen der Branchen jeden letzten Dienstag im Monat abends 6 1/2 Uhr, im Sitzungssaal der Ortsverwaltung im Gewerkschaftshaus, Engelshof 24, Aufgang B, III Treppen, statt. Es ist Pflicht der Kollegenschaft, dafür Sorge zu tragen, daß in diesen Sitzungen jeder Betrieb vertreten ist. Gleichzeitig weisen wir darauf hin, daß es jetzt an der Zeit ist, endlich mit den Betriebsverwaltungen zu beginnen. Die notwendigen Unterstellungen hierzu werden jederzeit von der Ortsverwaltung und der Branchenleitung aufgefragt.

Die Branchenleitung.

Abwesenheitsänderungen.

Gau Barmer, Duisburg, V: Bernhard v. Drünen, nicht Drünen.

Frier, V: Ludwig Spring, Trier-Kulenz, Reilstr. 21.

Gau Stuttgart, Vorstand: Ferdinand Hofstra, Stuttgart, Wilhelm-Bios-Str. 51. Telefon: S. 2. 26 977.

Calw, K: Georg Schedinger, Lange Staige 731.

Eslingen, K: Gottlob Bayer, Obereßlingen, Hirschstr. 17.

Eittingen, Telefon-Nr. 14. Lauffen, Theodor Walter, Sange Str. 3.

Wangen, K: Anton Zoller, Einbauer Str. 548. Gau Augsburg, Hof, Telefon-Nr. 2176.

Weller, K: Taver Rißling, Bremenried b. Weiler, Fabrikstr. Gau Gera, Eisenberg i. Th. V: Richard Brödnner, Friedrichstamm b. Eisenberg, Nr. 36b.

Börsen, K: Johann Schmiedl, Depfner 45a, und nicht Dspitzer Straße. Zentleroda, Die Bureauadresse ist: Lohweg 12.

Gau Dresden, Hainichen, Telefon-Nr. 556. Gausdorf, Telefon: Amt Augustsburg 261.

Lichtenstein-Callenberg, Bureauadresse: Chemnitz Str. 2. Neßlau-Regau, Bureauadresse: Neßlau Str. 35. Plauen i. B. Briefe an Fritz Kämpfer.

Reichenbach i. B. V: Oskar Weiser, Ziegelweg 88. Thaleim, Telefon-Nr. 265. Gau Egnitz, Büstegiersdorf, V und Geschäftsführer: August Kramer, Nr. 170. Telefon-Nr. 139.

Gau Berlin, Brandenburg, Telefon-Nr. 716. Betschau, Der Vorsitzende Hensel ist zu streichen.

Berlag: Karl Schade in Berlin, Remise Str. 20. — Verantwortlicher Redakteur: Hugo Bredel in Berlin. Für die Anzeigen verantwortlich: Hans Lange, Berlin SW 11. — Druck: Kommodors Buchdruckerei und Verlagsanstalt Paul Singer in Berlin.

B achten Sie bitte unsere Anzeigen

Landwehr
das gute Qualitätsrad
Direkt ab Fabrik. Katalog gratis
Hebr. Landwehr, Fahrradwerk, Herford 20

110 verschiedene proletarische Platten
einzig in der Art — Sprechapparate
große Auswahl, Genossen verlangen
sollort Verzeichnis gratis
Musik-Steinhaus, Weimar Th. 523

Größte Produktion der Welt!

OPEL

Trotz Sommerszeit am Werk

Arbeiterinnen im oberen Erzgebirge. — Ein Frauenabend wie er sein soll. Verband ist Trutz — Verband ist Schutz.

Textilarbeiterinnentreffen in Aue im Erzgebirge.

Am 28. und 29. Juli 1928 wurde für den Bezirk Erzgebirge des Deutschen Textilarbeiter-Bundes ein Textilarbeiterinnentreffen in Aue i. Erzgeb. veranstaltet, das eine sehr gute Beteiligung aufwies. Von 18 Ortsgruppen des Verbandes waren mehr als 300 Textilarbeiterinnen zusammen gekommen. Die Teilnehmerinnen wurden von einer Empfangskommission der Filiale Aue in Aue i. Erzgeb. erwartet, und in die Quartiere geleitet, die die Einwohnerschaft von Aue i. Erzgeb. und in dankenswerter Weise zur Verfügung gestellt hatte. Abends gegen 8 Uhr stellten sich alle Teilnehmerinnen in Aue auf dem Marktplatz und marschierten von dort unter Führung eines Spielmannszuges geschlossen zum Logungsort im Aue i. Erzgeb. Der mit roten Fahnen und unserem Verbandsabzeichen geschmückte Saal war kaum imstande, alle Teilnehmerinnen zu fassen. Kollegin Emma Otto von der Frauenkommission der Filiale Aue eröffnete die Tagung und bewillkommnete die Erschienenen in Aue. Hierauf begrüßte Kollege Weiß im Namen der Ortsverwaltung des Deutschen Textilarbeiter-Bundes die Kolleginnen und ließ sie herzlich willkommen. Weiter begrüßte er den Vertreter der Stadtverwaltung Aue, Herrn Bürgermeister Ziegler, den Vertreter des Ortsausschusses des ADGB, sowie die Kollegin Niemiera vom Hauptvorstand und den Kollegen Zwahr von der Bauleitung. Der Vertreter der Stadt, Herr Bürgermeister Ziegler, dankte für die freundliche Einladung, begrüßte ebenfalls die Erschienenen und hob ganz besonders die Notwendigkeit eines guten Zusammenwirkens zwischen Stadtbehörden und Gewerkschaften gerade in der Industriestadt Aue hervor. Es folgten dann noch die Begrüßungsansprachen des Vertreters des ADGB und der Gewerkschaftsbehörde. Der Arbeitergesangverein „Froh Sinn“, Aue, sowie die sozialistische Arbeiterjugend Aue brachten durch einige prachtvoll vorgetragene Lieder und Regitationen den Textilarbeiterinnen die Grüße der Arbeiterschaft dar. Hierauf nahm Kollegin Niemiera vom Hauptvorstand das Wort zu dem Referat: „Warum und wie veranlassen wir die Deutsche Textilarbeiter-Verband besondere Frauenveranstaltungen?“ In eingehender Weise begründete sie die zwingende Notwendigkeit für den Deutschen Textilarbeiter-Verband, sich ganz besonders der Frauen anzunehmen; die den höchsten Prozentsatz der Beschäftigten in der Textilindustrie stellen. Weiter zeigte sie in ihrem Referat — daß von allen Anwesenden mit der größten Aufmerksamkeit und mit starkem Beifall aufgenommen wurde — neue Wege, die beschritten werden müssen, um unsere Frauenveranstaltungen interessant und wertvoll für unsere Frauen zu machen. In einer kurzen Diskussion wurden die Ausführungen der Kollegin Niemiera von den einzelnen Redner anerkannt und unterstützt.

Unter einstimmigem Beifall aller Anwesenden wurde unserem Kollegen Jaedel folgendes Telegramm übersandt: „Fast 300 Teilnehmerinnen am Textilarbeiterinnentreffen in Aue grüßen ihren lieben Kollegen Jaedel und wünschen ihm alles Gute.“

Der gemeinsame Gang der Internationale beschloß die schon verkaufte Tagung am Sonntagabend.

Am Sonntag, dem 29., morgens 8 Uhr, versammelten sich wieder alle Teilnehmer auf dem Marktplatz in Aue, um gemeinsam zum Naturtheater des Radiumbades Oberschlema zu einer Morgenfeier zu marschieren. Leider machte der Wettergott, der gerade an diesem Tage äußerst schlechter Laune gewesen sein muß, einen starken Strich durch diese Rechnung. Kurz nach 8 Uhr gab es in Strömen vom Himmel herunter, so daß alle Kolleginnen gezwungen waren, in Hausfluren gegen diesen Segen Schutz zu suchen. Der Marktplatz, der vorher noch ein so belebtes Aussehen hatte, war auf einmal leer und leer geworden. Dank des Entgegenkommens der Gesellschaft Kraftverkehrs Freistaat Sachsen war es jedoch möglich, in kurzer Zeit vier Autobusse zu bekommen, die fast alle Teilnehmer nach Niederschlema in die Zentralthalle beförderte. Ein kleiner Teil allerdings mußte den Weg von Aue bis Niederschlema zu Fuß machen. Bereut werden es die Kolleginnen unter keinen Umständen haben, denn gerade dieser kurze Weg wird den Betreffenden ein schönes Stück unseres Erzgebirges gezeigt haben. Trotz des schlechten Wetters herrschte in der Zentralthalle Niederschlema die beste Stimmung. Musikvorträge des Bläserquintetts der Schubertischen Kapelle, Löhniß, wechselten mit Gesangsvorträgen des Arbeitergesangvereins Niederschlema und Regitationen der Arbeiterjugend Aue.

Das Arbeiterinnentreffen endete mit dem Gelöbniß: Jede Kollegin wird ein neues Mitglied für den Verband. Alles in allem genommen darf man wohl sagen, daß alle Teilnehmerinnen befriedigt aus unserer schönen Stadt Aue nach Hause gefahren sind, so daß man die Hoffnung hegen darf, daß dieses Arbeiterinnentreffen dazu beigetragen hat, den Verband zu stärken.

Zum Schluß möchten wir an dieser Stelle allen denen, die zum guten Gelingen dieses Treffens beigetragen haben, unseren herzlichsten Dank aussprechen.

Der Sommer lacht, die Arbeit ruft!

Für Montag, den 23. Juli, hatte die Frauenkommission ein Programm zusammengestellt, daß der Osterberger und Greizer Kolleginnen einige recht angenehme und belehrende Stunden brachte.

Der erste Teil des Programms wurde durch Gesang und Regitation der Kollegin Spangenberg und Bräunlich ausgefüllt. Dann folgte der Bericht vom Wochenendkurs für Funktionärinnen am 14. und 15. Juli in Gera. Die Kollegin Zeiger gab in gedrängter Form einen Überblick über die Tagung, sie wies darauf hin, daß jetzt über das ganze Reich verteilt, solche Wochenendkurse abgehalten werden mit dem Zweck, tüchtige weibliche Funktionäre heranzubilden. Die Kollegin Elise Niemiera leitete die Tagung ein und gab der

Hoffnung Ausdruck, daß auch aus diesem Kursus den Kolleginnen Nutzen erwachsen möge, damit sie mit noch größerer Freude als bisher für die Interessen der Textilarbeiterchaft eintreten. Als erster Referent zeichnete der Kollege Bretschneider ein anschauliches Bild über Wachsen und Werden des Deutschen Textilarbeiter-Bundes. Im besonderen schilderte er die Entwicklung der Technik, die das Anwachsen der Frauenarbeit in der Textilindustrie förderte. Die Kolleginnen haben im Deutschen Textilarbeiter-Verband — numerisch — die Kollegen weit überholt. In seinem Schlußwort wünschte er, daß die Kolleginnen in aufrichtiger Kameradschaft mit den Kollegen die gemeinsame Arbeit fortsetzen.

Dem Kollegen Hertel fiel die Aufgabe zu, über „Pflichten und Rechte im Verbandsstatut“ zu reden. Er verstand es auch, daß an sich trockene Gebiet in leichtflüssiger Weise den Kolleginnen nahe zu bringen. Er stellte kritische Betrachtungen über die Mitgliedschaft zur Organisation und Funktioniärität an. An Hand einer Skizze zeigte er den Gesamtaufbau der Organisation. Er ging dann über zur Beitragsleistung und dem Unterstützungsweisen und legte dar, daß neben einem guten Willen, einem hohen Idealismus, auch gute Kassenerhältnisse zur richtigen Interessenvertretung der Textilarbeiterchaft nötig sind. Mit dem Appell, weiter freudig mitzuarbeiten, damit der Zweck des Kursus, recht viele tüchtige Funktionäre aus den Kreisen der Kolleginnen heranzubilden, erreicht werde, schloß er seine Ausführungen.

Die Kollegin Elise Niemiera sprach über: „Das Amt des Arbeitsrechts“. In Form einer Arbeitsgemeinschaft arbeitete sie mit den Kolleginnen die Wichtigkeit der Gesetzgebung des Arbeitsrechts heraus. An Beispielen erläuterte sie die Grundbegriffe derselben. Mit ihrem bekannnten pädagogischem Geschick gestaltete sie auch diesen Stoff recht lebendig. Ihre Schlußausführungen zielten darin, daß den Kolleginnen das Lernen nicht Dual, sondern Freude auslösen soll. Freude darüber, daß man etwas weiß, überall mitsprechen und somit der Textilarbeiterchaft dienen kann. Alles in allem wird auch diese Tagung als voller Erfolg für die Organisation gebucht werden können, wertvolle Fingerzeige haben die Kolleginnen, die daran teilgenommen haben, erhalten, um nun mit noch größerer Ueberzeugung für die Organisation zu wirken und zu wirken zu können.

Zum Schluß forderte die Kollegin Zeiger, die Anwesenden noch auf, freudig am Aufbau der Organisation mitzuhelfen, damit es auch bei uns weiter vorwärts gehe.

Anschließend informierte der Kollege Hertel die Anwesenden über den Stand des Kampfes um Anerkennung der Textilarbeiterinnen als Facharbeiter und gab Aufklärung, inwiefern der Deutsche Textilarbeiter-Verband und die in Frage kommenden Instanzen tätig waren, um die Erhöhung der Unterstützung auf 39 Wochen und die Einbeziehung der Textilarbeiter in die Kräftefürsorge zu erreichen. Danach ist alles getan worden, um den Textilarbeitern zu ihrem Rechte zu verhelfen. Die kommunikativen Quertreibereien gelegentlich dieses Kampfes zeigen nur, daß diese nicht beabsichtigen, den Textilarbeitern zu helfen. Durch ihre Schimpereien wollen sie nur ihr Parteipöppchen locken. Er wünschte, daß auch von Seiten der Kolleginnen den kommunikativen Phrasenhelden und Zerplünderern ganz gehörig auf den Mund geklopft wird.

Vollständige und Vorlesungen in vogeländlicher Mundart durch die Kollegin Schenderlein hielten die Anwesenden in fröhlicher Stimmung noch einige Zeit beisammen. Mit dem Lied: „Wann wir schreiten Seit an Seit“ fand die wohlgeungene Veranstaltung ihr Ende. Rüge auch diese Veranstaltung mit dazu beitragen, das Interesse so vieler Textilarbeiterinnen zu wecken. Denn in gemeinschaftlicher Betätigung und Pflege wahrer Kollegialität werden sich die Ziele des Deutschen Textilarbeiter-Bundes verwirklichen lassen.

Nicht jede Arbeit muß angenommen werden!

Im Mai dieses Jahres hatte die Kammgarnspinnerei Eisenach vom Greizer Arbeitsamt ein Duzend junger Mädchen angefordert. Das Greizer Arbeitsamt nahm daraufhin die Vermittlung vor, da die Erkundigungen beim Eisenacher Arbeitsamt bezüglich Lohn und Unterbringungsbedingungen günstig ausgefallen waren. Die Arbeiterinnen lehnten unter Berufung auf § 90 des ADGB, die Arbeit ab, weil die Entlohnung zu gering und nicht nach dem westfälischen Tarif erfolge. Auch von der Unterbringung und Verpflegung waren diese nicht erbaut. Diese Einwände ließ das Arbeitsamt nicht gelten, entzog die Unterstützung, weil ohne berechtigten Grund trotz Belehrung die Beschäftigung nicht angenommen wurde.

Hiergegen wurde vom Deutschen Textilarbeiter-Verband, Filiale Greiz, im Auftrage der Beteiligten Einspruch erhoben. Die eingeholte Information von Eisenach ergab, daß der Tariflohn nicht gezahlt wird und die Verpflegung und Beförderung äußerst schlecht sei. Als diese Einwände unter dem Spruchauschuß vorgebracht wurden, beschloß dieser, Arbeitgeber- und Arbeitnehmerverband für Westfalen hierüber informatorisch zu hören. Am 31. Juli stand erneut diese Frage zur Beratung. Während unter Eisenacher Vertreter behauptete, daß bezüglich der Wohnkosten bei der Kammgarnspinnerei ein Werkstarf bestehe, also die Arbeiterchaft nicht nach dem Tarifvertrag entlohnt werde, waren die Ausführungen seitens des Arbeitgeberverbandes äußerst unklar. Man ließ durchblicken, daß auch dieser Werkstarf von den Behörden anerkannt werde. Da aber noch jetzt ein Streit laufe, der wohl vor dem Arbeitsgericht für die Arbeiterchaft eine günstige Auslegung gefunden hat, vor dem Landesarbeitsgericht Jena aber noch ansteht, kam dieser Streit noch nicht als abgeschlossen gelten. Aus diesen Gründen wollte der Spruchauschuß wiederum zu einer Vertagung schreiten. Nun hatte aber das Arbeitsamt Eisenach seine ersten Auskünfte dahin revidiert, daß Tariflohn in der Kammgarnspinnerei Eisenach nicht gezahlt werde. Es ist also nach Lage des ganzen Streites gar nicht zu erwarten, daß auch das Landesarbeitsgericht Jena zu einer anderen Auffassung kommen könne, so daß das Arbeitsamt Greiz nicht Gefahr laufe, sich erneut revidieren zu müssen, wenn es jetzt unter dem Vorliegen des Eisenacher Bescheides, den vierwöchigen Unterstützungsentzug wieder rückgängig mache.

Erfreulicherweise kam der Spruchauschuß zu diesem Resultat, so daß nunmehr die vorerhaltene Erwerbslosenunterstützung nachgezahlt wird. Nicht uninteressant waren die Ausführungen einer Frau Lorenz, welche als Angehörige des Landesarbeitsamtes Erfurt zurzeit in Greiz weilte, um in der Arbeitsvermittlung mit tätig zu sein. Sie schilderte, daß die Mädchen nach ihrer persönlichen Beobachtung in der Eisenacher Spinnerei gut untergebracht seien. Die Aufenthaltsräume lägen inmitten grüner Flächen, die Zimmer seien genügend groß, für jede ein Bett vorhanden, das saubere Wäsche aufweise. Auf den Korridoren sei die Waschgelegenheit untergebracht und das Mittagessen müsse, wenn auch nicht so abwechslungsreich, als gut bezeichnet werden. Kochgelegenheit wäre auch vorhanden. Dann sind Aufenthaltsräume und ein Turnsaal da. Turnkleidung liefert das Werk. (Also genau wie bei dem Ditta-Unternehmen.) Für das Bohnen muß 2 Mk. pro Woche und 30 Pf. pro Mittagessen gezahlt werden. Die übrige Beförderung hat jede Arbeiterin selbst zu bestreiten. Und trotz all dieser Vorzüge klangen die Ausführungen dieser Vermittlerin dahin aus, daß kein Mädchen, keine Textilarbeiterin von auswärts dort in Arbeit treten wolle!

Bei dieser Schlussfolgerung einer außenstehenden Person erübrigt sich wohl jeder Kommentar. Aus vorstehender Schilderung werden alle, auch diejenigen, die dem Deutschen Textilarbeiter-Verband noch nicht angehören, die Notwendigkeit einer Interessenvertretung einsehen.

Hausfrau und Leipziger Baumesse im Herbst 1928.

Die ausgeprägte Sachlichkeit im modernen Wohnungsbau will die Bauten ganz entschieden den Bedürfnissen des Wohnens anpassen. Aber es scheint, als ob hier noch manche Unklarheit herrsche, denn die Ansichten unserer Architekten über die optimale und künstlerische Lösung der vorliegenden Aufgaben gehen weit auseinander. Man steht oft unter dem Eindruck, als ob die Wohnbedürfnisse doch noch gründlich geklärt und eindeutig festgelegt werden müssen. Und da sollte man die Hausfrauen befragen. Diesen Weg beschreitet verdienstvollerweise die Leipziger Baumesse G. m. b. H. unter der Leitung des bekannten Bauwirtschaftlers Stegemann im Herbst 1928. Die Führerinnen der deutschen Hausfrauen werden in einigen Vorträgen am 27. und 28. August, die im Zusammenhang mit den praktischen Darbietungen auf der Baumesse stehen, ihre Wünsche an die Architektenformulieren, aber auch darlegen, welchen Nutzen die Frau aus der neuzeitlichen Entwicklung des Wohnens und Bauens ziehen kann, ohne Bahnmaschinentin zu werden. Folgende Vorträge finden statt:

Am 27. August: Frau Clara Wende: „Die Frau und der Architekt der Gegenwart“. Regierungsbaurat Stegemann: „Gesundes Bauen, gesundes Wohnen“.

Am 28. August: Frau Dr. Margis: „Die Technisierung des Haushaltes“. Frau von Stephan-Hahn: „Frau, Kultur und Wohnung“. Teilnehmerkarten können zum Preise von 8 Mk., einschließlich Reisekosten vom Leipziger Reichamt bezogen werden.

Es ist kein Zufall, daß in dieser Zeit auch hervorragende Vertreter unserer Architektenschaft in einer Vortragsreihe über „Neues Bauen“ Vorträge den Frauen Antwort geben.

Am 29. August sprechen Stadtbaurat May: „Die Technik des

Hochbaues“. Stadtbaurat a. D. Laut: „Die neue Linie im Hochbau“.

Professor Cropsius: „Die Wohnung als Ausdruck der Sachlichkeit und Technik“.

Am 30. August werden Vorträge gehalten über „Bauwert und Landschaft“, „Wohnung und Siedlung“, „Wohnungseinrichtung als Ausdruck unserer Kultur“.

Um den Besuch der Leipziger Messe zu erleichtern, verteilen aus allen Gegenden Deutschlands Reich-Sonderzüge mit 33% Fahrpreisermäßigung. Auskunft über alle technisch-wissenschaftlichen Veranstaltungen während der Messe und alle den Besuch der Messe betreffenden Fragen durch das Reichamt, Leipzig, Markt 4. Desgleichen gibt Frau Clara Wende, Berlin-Tempelhof, Dorstr. 46, Auskunft über die Frauentagung.

Zwei Minuten Lachen.

Verwässerte Milch.

Hausfrau: „Also bitte, bringen Sie mir nicht mehr von dieser fürchterlichen Milch. Die ist ja wahrhaftig blau.“
Milkman: „Das ist nicht meine Schuld, gnädige Frau. Das kommt, weil die Kühe während der langen, einsamen Winterabende ganz sentimental geworden sind.“

Kostprobe.

Ein Mann trat in die Apotheke, gab dem Apotheker ein kleines Pulver mit einem Pulver.
„Können Sie mir sagen, was das ist?“ so fragte er. „Oh glaube, es ist Zucker und möchte gern Ihre Meinung hören!“

Der Apotheker nahm etwas von dem Pulver auf die Zunge. „Das ist aber sicherlich kein Zucker“, sagte er.
„Dann hat meine Frau recht“, sprach der Mann, „denn sie hat es als Rotengift gekauft.“

Arbeitsrechtliches.

Beschränkung des Rechts zur fristlosen Entlassung.

Nach den Bestimmungen der Gewerbeordnung kann ein gewerblicher Arbeiter nur dann ohne Einhaltung der vereinbarten Kündigungsfrist entlassen werden, wenn einer der im § 123 Ziffer 1 bis 8 der Gewerbeordnung aufgeführten Gründe vorliegt. Andere, etwa im Einzelvertrag vereinbarte Gründe, die den Arbeitgeber zur fristlosen Entlassung berechtigen sollen, sind rechtsungültig auch dann, wenn sie im beiderseitigen Einverständnis, sei es schriftlich oder mündlich, irgendwie festgelegt worden sind. Die einzige Möglichkeit, die im § 123 Ziffer 1 bis 8 der Gewerbeordnung erschöpfend genannten Entlassungsgründe zu ergänzen, ist durch Aufnahme entsprechender Bedingungen in die Arbeitsordnung gegeben.

Gemäß § 123 Abs. 2 der Gewerbeordnung ist aber die fristlose Entlassung aus einem der im § 123 Ziffer 1 bis 7 genannten Gründe nicht mehr zulässig, wenn die der Entlassung zugrunde liegenden Tatsachen dem Arbeitgeber länger als eine Woche bekannt sind. Das Reichsarbeitsgericht hat in einem Urteil zu dieser Bestimmung Stellung genommen und unter anderem zum Ausdruck gebracht, daß die Vorschrift des § 123 Abs. 2 der Gewerbeordnung nicht nur auf die gesetzlichen, sondern auch auf die in der Arbeitsordnung vorgesehenen Entlassungsgründe Anwendung finde.

Den Entscheidungsgründen entnehmen wir folgendes:

Diese, dem Schutze der Arbeitnehmer dienende Bestimmung ist ein Niederschlag des allgemeinen Rechtsgedankens, daß ein Arbeitgeber, der trotz ihm bekannt gewordener Verfehlungen eines Dienstverpflichteten, das Dienstverhältnis fortsetzt, damit kundtue, er halte diese Verfehlung nicht für schwerwiegend genug, um eine sofortige Lösung des Vertragsverhältnisses zu rechtfertigen, und daß er daher wider Treu und Glauben verstoße, wenn er sie, und zwar sie allein nach Ablauf einer gewissen Zeit noch zum Anlasse einer fristlosen Kündigung nehme. Das Allgemeine Berggesetz (die Ausführungen gelten in vollem Umfange für die genannte Bestimmung der Gewerbeordnung) hat diesen Zeitraum auf eine Woche festgelegt und will aus dem Umfange, daß der Arbeitgeber einen Arbeitnehmer in Kenntnis seines dienstwidrigen Verhaltens eine Woche lang weiter beschäftigt, geschlossen wissen, daß er die Vertragsfortdauer mit den Interessen der Disziplin und des Betriebes für vereinbar erachte und es daher nicht mehr als Kündigungsgrund verwerten dürfe. Seine in gesetzgeberischen Zwecke nach findet die gesetzliche Bestimmung daher auch auf den in der Arbeitsordnung vorgesehenen Entlassungsgrund Anwendung.

Weiter bringt das Reichsarbeitsgericht in seinen Entscheidungsgründen zum Ausdruck, daß abgesehen von dem Verlust des Entlassungsrechts durch Fristverfallnis daselbst auch dadurch verwirkt werden kann, daß der Arbeitgeber durch sein Verhalten erkennen läßt, daß er in der Handlungsweise des Arbeitnehmers keinen Grund zur fristlosen Entlassung erblicke.

Die Ausdehnung des Zeugnisses auf Führung und Leistungen ist rechtzeitig zu verlangen.

Bei Auflösung des Arbeitsvertrages können die Arbeiter ein Zeugnis über die Art und Dauer ihrer Beschäftigung fordern.

Dieses Zeugnis ist auf Verlangen der Arbeiter auch auf ihre Führung und ihre Leistungen auszudehnen.

Den Arbeitgebern ist untersagt, die Zeugnisse mit Merkmalen zu versehen, welche den Zweck haben, den Arbeiter in einer aus dem Wortlaut des Zeugnisses nicht ersichtlichen Weise zu kennzeichnen.

Zu Absatz 2 des vorstehenden § 113 der Gewerbeordnung hat das Reichsarbeitsgericht in einem Urteil vom 4. Januar 1928 unter Abt. 56/27 erkannt, daß die nachträgliche Ausdehnung des Zeugnisses auf Führung und Leistungen dem Arbeitgeber billigerweise nur dann zugemutet werden könne, wenn entweder die Ausdehnung unmittelbar im Anschluß an die Ausstellung des Zeugnisses und nach Einsichtnahme in dessen Inhalt begehrt wird, oder wenn besondere Gründe vorliegen, die das nachträgliche Begehren berechtigt erscheinen lassen.

Sonach wird es in jedem Falle zweckmäßig sein, wenn der Arbeiter auf die Ausfertigung eines Zeugnisses mit Angaben über Führung und Leistungen Wert legt, dem Arbeitgeber rechtzeitig sein Verlangen mitzuteilen.

Aus der Textilindustrie.

Weshalb fordern die Textilindustriellen Schutzzölle.

Daß die Schutzforderungen der Textilindustriellen nicht deshalb erhoben werden, um die ausländische Konkurrenz, die aus irgendwelchen Gründen billiger produzieren kann, vom Markte zu halten, sondern lediglich deshalb, um sich durch den Zollschutz besonders die Lücken zu füllen, wird durch die Differenzen, die zwischen der deutschen Kunstseide und der weiterverarbeiteten Substanzen entstanden sind, wieder einmal in den Blickfeld des öffentlichen Scheinwerfers gerückt. Die industriellen Kaufleute versuchen nun auf jede mögliche Art, sich auf Kosten der Allgemeinheit zu bereichern. Die deutsche Kunstseidenindustrie, von der man nicht behaupten kann, daß es ihr schlecht geht, die vielmehr recht darsitzen und verlangt höhere Schutzzölle mit der Begründung, daß die dort vorhandenen Zollschutzes der deutsche Markt mit billigen ausländischen Kunstseidenwaren überflutet würde. Der deutsche Zolltarif beträgt 60 Pf. für 1 Kilogramm für die meistverarbeiteten Länder und 1 Pf. für die übrigen Länder. Die weiterverarbeitende Industrie, besond. die Strickindustrie weiß darauf hin, daß sie den Zollschutz billiger Kunstseidenwaren nicht entbehren kann, und zwar deshalb, weil die deutsche Kunstseidenindustrie für die billigeren Garne im Inland Preise verlangt, die beträchtlich höher liegen als die der ausländischen Kunstseide. Dabei zeigt sich

aber, daß die deutsche Kunstseidenindustrie ihre Produkte im Ausland zu weit niedrigeren Preisen absetzt als im Inland. Nach dem „Deutschen Wollengewebe“ werden deutsche Kunstseidengarne 150 Denier Qualität A zu einem Durchschnittspreis von 85 bis 90 Dollarcentis pro 1 lb = 453 Gramm nach den Vereinigten Staaten durch deutsche Firmen exportiert. Der Inlandspreis für dieselbe Qualität beträgt aber 10 Mk. pro Kilogramm, das sind etwa 4,50 RM. bzw. 110 Dollarcentis pro 1 lb. Aber nicht nur in der Kunstseidenindustrie stößt man darauf, daß deutsche Waren im Ausland wesentlich billiger abgesetzt werden als im Inland. Bei den Fertigfabrikaten kann man über diese Preispolitik wohl verschiedener Meinung sein. Bei einem Halbrohstoff, den die deutsche Industrie dringend braucht, ist dieses Verfahren zu verurteilen. Daß die deutschen Kunstseidenherzeuger trotz dieser Tatsache noch nach Zollschutz schreien, ist unerhörte. Es ist ein Beispiel dafür, wie die deutschen Unternehmer entgegen ihrer zur Schau getragenen „nationalen Gesinnung“ in erster Linie nur an ihren eigenen Geldbeutel denken.

Es sind eben alles Stinnesse.

Neuigkeiten aus der Textilindustrie.

Exportzunahme in Kunstseidengarnen und Fabrikaten in England. Das englische „Board of Trade“ veröffentlicht als amtliche Außenhandelsangaben den Exportumfang der Kunstseidenindustrie Englands wie folgt: Der Wert der von England im Laufe des ersten Halbjahres 1928 exportierten Kunstseidengarne stellt sich auf 4 200 000 Pfund Sterling gegenüber einem Exportwert von 3 300 000

Die Heime der Erwachsenenbildung.

Das Volksbildungswesen nahm seit der Revolution einen sehr beachtlichen Aufschwung, insbesondere auch jenes, das sich an den erwachsenen Arbeiter richtet. Die Besonderheit der Nachkriegsentwicklung auf diesem Gebiete bildet das Heim. Gerade beginnt der DGB, mit dem Bau eines solchen in der Nähe Berlins bei Bernau, um dann ein zweites im Rheinland entstehen zu lassen. Damit erreicht das gewerkschaftliche Bildungswesen einen Höhepunkt und zugleich auch einen äußeren organisatorischen Abschluß.

Wenn man sich mit den Heimen zu beschäftigen beginnt, wird man zunächst über ihre große Zahl erstaunt sein — im Laufe weniger Jahre sind über 60 entstanden — zugleich aber auch mit Bedauern feststellen, daß unverhältnismäßig wenige auf sozialistischem Boden stehen. Gleich nach dem Kriege wurden zahlreiche Abendvolkshochschulen aufgemacht. In sie strömten die wissensdurstigen Massen, die Klärung und Befreiung über die drängenden Probleme haben wollten, welche durch Krieg und Revolution aufgeworfen worden waren. Aber diese Kurse genügten nicht, vor allem auch deshalb nicht, weil sie von Leuten gehalten wurden, die zwar großes akademisches Wissen besaßen, über die aktuellen Fragen aber nicht die erhoffte Befreiung zu geben wußten und die auch wenig Ahnung davon hatten, daß erwachsene, im Erwerbseben stehende Menschen eine besondere Pädagogik brauchen. Die Enttäuschung darüber wie auch die Not der ansteigenden Inflation ließen die Volkshochschulbewegung stark abflauen. Zugleich brach sich aber auch die Erkenntnis Bahn, daß Bildungsarbeit intensiver als in den Abendkursen getrieben werden mußte, wenn sie wirklich erzieherischen Wert haben sollte. So kam man zur Errichtung von Bildungsheimen.

In ihnen kommt es nicht so sehr darauf an, daß der Schüler einen großen Lehrstoff gedächtnismäßig aufnimmt. Er soll nicht nur lernen, sondern sich bilden. Er soll sich mit den ihm gärenden Problemen abmühen und zur Klarheit gelangen, soll einen festen Standpunkt zu den die Zeit bewegenden Fragen gewinnen. Die stärksten erzieherischen Kräfte sind das Zusammenleben mit den Heimgenossen und die Persönlichkeit des Leiters. Durch die nie endenden Diskussionen und Problemerkörterungen — auch in der Freizeit — kann jeder einzelne sich vertiefen und klären. Der Lehrer muß jederzeit dem Schüler als Freund und Ratgeber zur Verfügung stehen.

Die Heime sind mit Ausnahme einer noch kleinen von Leipzig ausgehenden Gruppe Ganztagesheime. Der Schüler wird aus der Berufsarbeit auf kurze Zeit herausgenommen, so daß er sich mit ganzer Intensität seiner geistigen Beschäftigung hingeben kann. Das Zusammenleben mit anderen gleichen Strebens zwingt geradezu auch in der Freizeit durch gegenseitige Diskussion und in der Unterhaltung das im Unterricht oder in der Arbeitsgemeinschaft Gehörte weiter zu behandeln; so wird auch diese Zeit dem Bildungszweck dienstbar gemacht. Das Losgelöstsein von den Sorgen und Nöten des Alltags und die Freistellung von der Erwerbstätigkeit erhöht die Aufnahmefähigkeit und die geistige Spannkraft. Was das bedeutet, begreift jeder, der weiß, wie unverhältnismäßig gering die Erfolge von Abendkursen sind, in die der Arbeiter von der Tagesarbeit ermüdet und abgestumpft geht.

Die Heime sind entweder weltanschaulich gebunden oder neutral. Neutralität kann ein moderner Pädagoge aber nicht so verstehen, als gelte es, sich von den weltanschaulichen, politischen und wirtschaftlichen Streitfragen fernzuhalten. Er muß selbst einen festen Standpunkt haben, darf ihn aber nicht aufdrängen. Die Schüler sollen sich selbst zu einer Anschauung durchdringen, der Lehrer soll Anregungen geben, geistiger Geburtshelfer sozusagen sein. Er muß sich daran freuen können, neben sich selbständige Menschen sich einstellen zu sehen. Zu den neutralen Heimen gehört eine Reihe der bekanntesten wie Dreißigacker, Perrow, Sachsenburg, Comburg.

Unter den weltanschaulich festgelegten sind die evangelisch-national eingestellten in der Mehrzahl. Eine Reihe davon wurde in den Grenzgebieten errichtet und hat sich zum Ziel gesetzt, „bedrohtes Deutschland“ zu retten. Andere wieder kennen sich Bauernvolkshochschulen. Dieser Typ hat ein sehr bekanntes Vorbild in den dänischen Volkshochschulen, die in der Mitte des vorigen Jahrhunderts von Grundtöwig gegründet worden sind und für das geistige wie wirtschaftliche Niveau des dänischen Bauern größte Bedeutung erlangt haben. Jener Geistliche wollte der damals sehr demütigenden Bauernschaft Dänemarks helfen und erreichte seine Absicht weitgehend mit der Heimvolkshochschule. Die Bauernjöhne und -töchter, die einen Winter lang in

Beendigung des Arbeitszeitkonfliktes in Westfalen.

Bekanntlich hatten die Arbeitgeber die Verbindlichkeitsklärung des am 24. Juli gefällten Arbeitszeitstreits beantragt. Am 31. Juli fanden im Reichsarbeitsministerium die Nachverhandlungen statt. Infolge der Hartnäckigkeit der Arbeitgeber gelang es jedoch nicht, den Streit beizulegen. Jedoch war es möglich, in einer Reihe von Punkten durch protokolllarische Erklärungen der Arbeitgeber die bestehenden Unstimmigkeiten zu beseitigen. Der heftigste Streit ging um die Ziffer 14 des Streitspruchs, welche die Kurzarbeitszeitregelung behandelte. Nunmehr hat der Reichsarbeitsminister den Streitspruch verbindlich erklärt mit Ausnahme der Ziffer 14. Eine Verbindlichkeitsklärung auch dieser Ziffer hätte eine wesentliche Beschränkung der Mitbestimmungsrechte, die die Betriebsräte in Westfalen auf Grund der Arbeitsordnung haben, im Gefolge gehabt.

Pfund Sterling im ersten Halbjahr vorigen Jahres. Die Zunahme hierin beträgt somit: 27 Prozent. Kunstseidene Manufakturwaren, Strumpf- und Wirkwaren wurden im Werte von 3 800 000 Pfund Sterling exportiert gegenüber einem Exportwert von 2 600 000 Pfund Sterling im entsprechenden Halbjahr 1927, was somit einer Exportzunahme um 46 Prozent gleichkommt, davon haben kunstseidene Strumpfwaren gegenüber dem Vorjahre eine Zunahme in der englischen Ausfuhr um etwa 20 Prozent erfahren. (Konfektionär.)

einem solchen Heim mit dem Lehrer und dessen Angehörigen gleichsam als eine große Familie in der Beschäftigung mit kulturellen Dingen verbracht haben, haben dadurch eine Gemächtheit und ein Aufgeschlossenheit gewonnen, das sich auch wirtschaftlich auswirkt, das neue Methoden ausprobiert und damit die eigene Wirtschaft voranbringt. Durch diese fortschrittliche Einstellung unterscheidet sich der dänische Bauer vorteilhaft von dem konservativen, traditionsgebundenen, unbeweglichen Deutschen. Das Eindringen der Volkshochschulheime mag schließlich auch für unsere Bauern von Bedeutung werden, die nur sachlich eingestellte landwirtschaftliche Winterschule könnte eine solche Ergänzung sehr wohl vertragen.

Klein ist die Zahl der sozialistisch gestauten Heime. Eigentlich konnte bis vor kurzem nur Luz genannt werden. Besonders unterrichtet werden muß, daß es eine staatliche Schule ist und nur Schüler aus der sozialistisch eingestellten Arbeiterbewegung aufnimmt. Es veranstaltet Kurse von der Dauer von fünf Monaten, abwechselnd für Frauen und Männer.

Eine ähnliche sozialistische Heimschule wird Anfang Juni in Harrislee bei Flensburg eröffnet. Sie wurde mit staatlichen Mitteln errichtet und kann 30 Schüler aufnehmen. Die Partei hat auch hier das Recht, Kurssteilnehmer zu delegieren.

Eine besondere Gruppe von Heimen hat sich neuerdings aus der gewerkschaftlichen Funktionärschulung entwickelt. Zu nennen sind hier die Wirtschaftsschule des deutschen Metallarbeiterverbandes in Dürrenberg, das Heim des Fabrikarbeiterverbandes in Wenigsen bei Hannover und das des Verbandes der Gemeinde- und Staatsarbeiter in Budow in der Märkischen Schweiz. Charakteristisch für diesen Typ ist, daß er eine bestimmte Zweckausbildung geben will, und daß er dafür die Schüler für eine verhältnismäßig kurze Zeit von zwei oder drei Wochen zur Bewältigung eines ziemlich umfangreichen Lehrstoffes zusammenholt. Hier bildet sich eine ganz besondere Art von Schulen, die sich sehr bedeutungsvoll auswirken muß. Sie hat kein anderes Ziel als Stärkung der Organisation durch Schulung ihrer wichtigsten Träger in der Mitgliedermasse, der Funktionäre, der Vertrauensleute. Dem muß sich alles unterordnen, was in der Kurszeit geschieht. Es handelt sich hier ebenso darum, Kenntnisse zu vermitteln als den Schüler so in seinem Gefühlleben zu packen, daß er unerlöschbar der Bewegung erhalten bleibt und trotz aller Widerwärtigkeiten opferbereit und hingebungsvoll seine Funktionen für den Verband erfüllt. Darum ist die Art, wie die Zeit außerhalb des Unterrichts verbracht wird, nicht minder wichtig als dieser selbst, sie muß im besonderen für diese eigentliche Erziehungsaufgabe genutzt werden. Der Lehrer muß es verstehen, den Aufenthalt im Heim durch seinen Umgang mit den Schülern, seine Anregungen, Diskussionen, gemeinsame künstlerische und andere Veranstaltungen, die immer mit Fragen der Arbeiterbewegung in Zusammenhang stehen, zu einer Zeit froher, geistiger Hochspannung zu machen, deren Eindruck sich in der Erinnerung nie mehr verwischen darf. Die Berichte von Schülern der genannten Heime lassen in immer wieder erstaunlichem Maße die freudige Genugtuung über ihren Kursus erkennen, zeigen, daß die Schüler sich zuverlässiger Begleiter gegenüber fühlen und deshalb stärker und entschiedener aufzutreten wagen und die arbeitsrechtlichen wie sozialpolitischen Abteilungen in den betreffenden Zentralsbüros spüren bereits die gesteigerte Aktivität der Schüler zugunsten des Verbandes.

Diese Art der Heime findet jetzt durch die Errichtung der zwei Bundesheime des DGB ihren abschließenden Ausbau. Damit ist allen Verbänden die Möglichkeit zur Abhaltung solcher Kurse gegeben, die Mehrzahl hat sich bereits verpflichtet, sie auch zu benutzen. Man denkt an Bierwachturke. Die Schule soll groß genug werden, daß verschiedene Kurse nebeneinander laufen können. Natürlich muß bei dem Unterricht größter Wert auf die Besonderheit des Verbandes gelegt werden, dem der Schüler angehört. Dazu sollen als Gastlehrer Kräfte aus dem betreffenden Verbands herangezogen werden, am besten aus dessen Vorstand, wodurch das Vertrauensverhältnis zu der Führung sehr gestärkt wird. Andere Hauptfächer wie Gewerkschaftswesen, Arbeitsrecht, Sozialpolitik, Wirtschaft sollen von ständigen hauptamtlichen Lehrkräften behandelt werden.

Nach dem vorliegenden Entwurf — er stammt vom Leiter des Bauhauses in Dessau — muß der Bau eine moderne schulische Sebenswürdigkeit werden. Die Durchführung des Schulplanes aber läßt die sozialistischen Heime trotz ihrer geringen Zahl zu jener Gruppe werden, die sich am bedeutungsvollsten und weitreichendsten auf unser Staats- und Wirtschaftsleben auswirken kann. **Balkin Hartig.**



Für unsere Jugend

Menschenfeele.

Draußen scheint leuchtend die Sonne. Der Himmel ist wolkenlos. Rein bläulich regt sich. Doch der andere Tag bringt vielleicht Wetter und Wind und Sturm, und wolkenverdeckt ist die Sonne.

So ist das Leben in der Natur. Aenderung. Bewegung. Wie ein Gott, der liebet und zürnt und lächelt und strafft. Heute so und morgen anders. Und doch immer derselbe, und immer in einem Sinn.

Und so ist der Mensch, der uralteste, natürliche Mensch. Er liebt mit der ganzen Glut einer feurigen Seele und stemmt sich voll Empörung gegen das Dasein an. Freundlich schmiegt er sich an das Leben, und doch magt er es auf, wie der Sturm das Meer.

Nur manche sind gleichgültig und immer gleich. Sie werden vom Dasein nicht erfasst und können nicht fassen. Sie sind das Leben nicht.

Sei Sonne und Sturm! Sei lebend und kämpfend! Nur wer das Leben in seiner Totalität erfasst, trägt das Leben.

Dr. Gustav Hoffmann

Den jungen und alten Verbandstollegen!

Von einer ostdeutschen Siedlungsstelle für jugendliche Wanderer werden alljährlich 1200 bis 1700 junge Menschen bis zu 21 Jahren erfasst. Das ist nur ein geringer Teil der 100 000 bis 150 000 jugendlichen, die betelnd die deutschen Gauen durchziehen und ziellos von einem Ort zum anderen streichen. (Daher auch der Name „Landstreicher“.)

Um dieses gelose Wandern einzubändigen, werden von den Siedlungsstellen genaue statistische Ermittlungen über die Ursachen der Abwanderung angestellt. Nur wenige sind unter ihnen, die auch nach längerer Wanderschaft die gleichen, gefestigten Menschen sind. Der Wandertrieb und die Neigung zum Vagabundieren stehen längst nicht so stark im Vordergrund, als allgemein behauptet wird. Weit mehr sind es die ungünstigen Lebensbedingungen, die das große Heer jener Jungwanderer schaffen, die den Gefahren der Landstraße so unzureichend gewachsen sind. Den Hauptanteil stellen die gelernten Berufe (60 Proz.). Hier werden die Jugendlichen nach beendeter Lehrzeit nur zu oft sofort durch neue billige Beschäftigte abgelöst und dann zumeist zum Berufsideal zu leben. Bei 90 Prozent aller Durchreisenden wurde eine längere oder kürzere Arbeitslosigkeit und bei fast 60 Prozent ungünstige häusliche Verhältnisse (vor- und unehelich geboren, Halb- und Vollwaisen [25 Proz.], Kinderreichtum und ungenügender Verdienst der Eltern) festgestellt.

Einem großen Teil dieser Jugend fehlen also die ausreichenden natürlichen Bedingungen durch ein gesundes Familien- und Arbeitsverhältnis. Die Ermittlungen nach der Gegenseite, inwieweit die fehlenden oder ungenügenden natürlichen Bindungen durch Zweckverbände ersetzt werden und so dem jungen Menschen einen inneren Halt bieten, zeigen ein ähnlich tröstliches Ergebnis. Nur annähernd 15 Prozent sind von den politischen und wirtschaftlichen Organisationen aller Richtungen insgesamt erfasst worden. Das sind überwiegend auch jene Jugendlichen, bei denen gegen eine Fortsetzung der Wanderschaft keine Bedenken bestehen. Sie kennen ihren Weg und ihr Ziel. Einen gleich niedrigen Prozentsatz finden wir in den Jugend- und Sportvereinen organisiert. Auch in anderen Zweigen der Jugendwohlfahrt werden die gleichen Beobachtungen gemacht und die ergänzenden Bindungen für unsere Jugend vermisst. Es handelt sich hierbei um Jugendliche, die bei anhaltender Arbeitslosigkeit oder Wanderschaft in den Straßen, Wäldern und Herbergen in den Kreis recht bedenklicher Freunde gezogen werden, um dann nach einsehenden Verfestigungen ihre Jugendlaufbahn im Erziehungsheim oder Jugendgefängnis zu beenden.

Um dieser Jugend selbst, aber auch um der Zukunft unserer gewerkschaftlichen Bewegung wegen, der wertvollste Kräfte verloren gehen, gilt es nach Wegen der stärkeren Erfassung zu suchen. Ich kann aus der täglichen Erfahrung heraus unserer im weitesten Sinne proletarischen Jugendbewegung den Vorwurf nicht erparten, daß sie nur gewillt ist, den Idealtyp des Jugendlichen bei sich zu dulden (der wahrscheinlich auch ohne Jugendbewegung den rechten Weg finden würde), und ganz aus dem Häuschen gerät, wenn ihr ein Jugendlicher, der des Haltes und der festeren Bindung bedarf, eingeschmuggelt wird. „O, ihr Kleingläubigen, warum seid ihr so furchtsam?“ Diese jungen Menschen mit all ihren Fehlern und Schwächen (die die organisierte Jugend für sich natürlich nicht gelten läßt), das sind die Menschen, denen ihr täglich im Leben und im Berührungsbereich mit denen als Arbeitskollegen Schulter an Schulter zu kämpfen euer Ziel sein sollte! Seid nicht so große „Schmenschen“, denkt auch der anderen, deren Jugend vielleicht noch trostloser ist, und helft ihnen aufwärts. Ich sammle jede Woche einen Kreis junger Arbeiter um mich, die von der Jugendbewegung nicht erfasst oder aufgenommen werden, obwohl sie weit mehr jugendbewegt, d. h. wirklicher und zukunftsgerichtet sind, wie ihr glaubt. Warum steht weit über die Hälfte des jungen werktätigen Deutschlands der neuen Bewegung abseits, statt Mitstreiter und Mitkämpfer zu sein?

Diese auch unserer Organisation abseitsstehenden Kräfte zu sammeln, für unsere Ideen zu interessieren und zu bilden ist der Mühe wert. Ihr verheißt damit dem jungen Menschen nicht nur zu einem festeren Halt und besseren Weg, ihr stärkt die eigenen Reihen, begegnet den vielseitigsten Nöten der Jugend und lernt daraus den Weg der Erziehung zum Gemeinheitsmenschen, den wir zur Verwirklichung unserer Ziele brauchen.

Auch euch, ihr Eltern und Arbeitskollegen im Betrieb, noch einen Mahnruf! Prüft, ob alles getan ist, um der Jugend und eurer Bewegung gerecht zu werden. Wir wissen eure Not in der Erziehung. Oft steht ihr noch mehr wie unsere Jugend hier vereinsamt da. Darum erst recht führt eure Kinder den gewerkschaftlichen und politischen Jugendorganisationen zu. Ihr habt damit den Weg für ein Seite-an-Seite-Sehen der jungen und alten Generation um eine bessere Zukunftsgestaltung. Vielleicht findet ihr auf diesem gemeinsamen Weg eure Kinder wieder, die euch bereits verloren

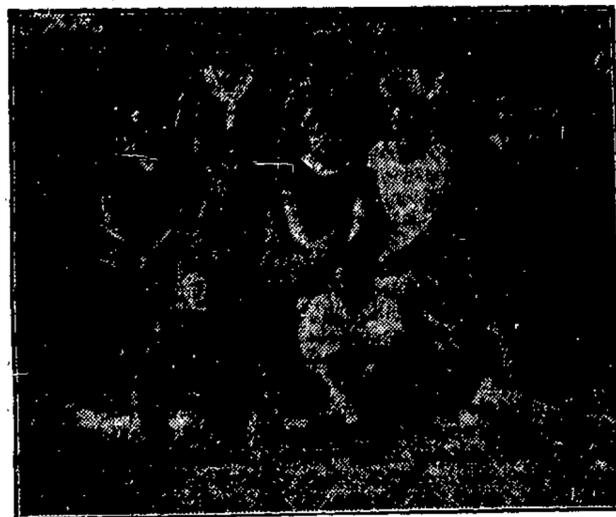
schienen. Hilfe und wachsende Verantwortung gegenüber der Jugend bedeutet eine Millionensparnis (die heute den Erziehungsheimen und Jugendgefängnissen zusteht) zu aufbauen, vorbeugender Arbeit. Prüfe sich auch der alte Arbeitstollege, ob er gegenüber dem jungen Mitarbeiter immer richtig gehandelt hat. Auch hier bleibt oft zu wünschen übrig.

15 Proz., also eine kleine Minderheit der erfahrenen Jungwanderer ist erst unseren Ideen näher geführt. Das bedeutet, daß die wertvolle Jugend, die gleich uns unter dem Druck der heutigen Wirtschaftsordnung leidet, in ihrer Mehrheit auf die Frage nach ihrer Organisationszugehörigkeit kaum weiß, um was es sich handelt. Wir wollen nicht bevormunden oder das Eigenleben der Jugend unterdrücken, mehr noch aber als bisher ihr den Weg bahnen und weisen zu einem gemeinsamen Auf- und Vorwärts. Denken wir in Zukunft auch daran!

W. Leisten

Erste Gau-Jugendkonferenz des Gaues Württemberg, Baden und Pfalz am 21. und 22. Juli in Stuttgart.

Angelockt wurde diese erste Gau-Jugendkonferenz durch einen Begrüßungsabend im Festsaal des Gewerkschaftshauses in Stuttgart am Samstag, dem 21. Juli 1928. Zu dem schon zusammengestellten Programm, bestehend aus Musik, Gesangsvorträgen, Re-



Gruppenbild - Burg-Parl Hohnstein.

zitationen und Volkstänzen sowie einer Fest- und Begrüßungsansprache hatten sich mehr als 50 Jugendliche aus den Ortsgruppen Ultingen, Göppingen, Heidenheim, Kaiserslautern, Kirchheim u. L., Reutlingen, Stuttgart, Ulm und Wangen im Allgäu versammelt, zu denen sich noch eine Anzahl Stuttgarter Mitglieder gesellten. Die von den Jugendgruppen Göppingen, Heidenheim und Stuttgart vorgetragenen Nummern erweckten den Beifall der Zuhörer. Die Festansprache der Kollegin Niemiera (Berlin) wurde besonders beifällig aufgenommen, ebenso einige Gesangsvorträge der Sängervereinigung Stuttgart-Heslach.

Der Sonntag war der ersten Arbeit gewidmet. 35 Delegierte aus insgesamt 10 Ortsgruppen hatten sich eingefunden. Kollege Bürger als Gau-Jugendsekretär begrüßte im Namen der Gauleitung die Erschienenen, insbesondere auch die Kollegin Niemiera vom Hauptvorstand in Berlin und gab folgende Tagesordnung bekannt: 1. Stand der Jugendbewegung im Gau. 2. Was will die Legilarbeiter-Jugendbewegung? 3. Wahl des Gau-Jugendausschusses.

Nachdem die Wahl eines Bureaus vorgenommen wurde, referierte Kollege Bürger über: Stand der Jugendbewegung im Gau. Er konnte die erfreuliche Mitteilung machen, daß es mit der Jugendbewegung im Gau in letzter Zeit vorwärts gegangen ist, und daß im Gau zurzeit sechs selbstständige Jugendgruppen vorhanden sind. Aus dem Bericht war allerdings auch zu entnehmen, daß eine Anzahl Ortsgruppen noch vorhanden sind, wo die Möglichkeit besteht, Jugendgruppen zu gründen. In einigen Jugendgruppen, wie zum Beispiel Heidenheim und Göppingen, waren die Veranstaltungen äußerst rege.

In einem 1 1/2stündigen Referat entwickelte die Kollegin Niemiera ihr Thema „Was will die Legilarbeiter-Jugendbewegung?“ und berührte dabei alle die Fragen, die die Jugendlichen heute betreffen. Sie behandelte den Jugendlich, die Ferienfrage für die Jugendlichen, die Art und Weise, wie die Jugendlichen für uns zu gewinnen sind. Die Zusammenarbeit mit den Arbeiterinnenkommissionen u. m. Mit regem Interesse verfolgte die Konferenz die Ausführungen der Rednerin. Starker Beifall wurde der Kollegin Niemiera am Schluss für ihr treffliches Referat erteilt.

In der Diskussion zu diesen zwei Punkten äußerten sich alle Vertreter der Ortsgruppen, wo Jugendabteilungen bestehen und gaben noch ein Bild über die Arbeit in ihren Orten und die Schwierigkeiten, die an manchen Orten, zum Beispiel Lohr, zu überwinden sind. Eine jugendliche Kollegin aus Stuttgart schilderte die Zustände in einigen Betrieben, wo die Arbeiterinnen besonders schwer zu leiden haben.

In ihrem Schlusswort ging die Kollegin Niemiera nochmals auf das in der Diskussion Vorgetragene ein und bemerkte, daß sowohl die Diskussion auf einer Höhe stand, die sich derjenigen in anderen Gaubezirken bis jetzt stattgefundenen Jugendkonferenzen würdig zur Seite stellen könne. Ebenso tröste dies auch in bezug auf die Beitragsleistung der auf der Konferenz vertretenen Delegierten zu.

Kollege Hofschke, Gauleiter, schilderte noch in drastischer Weise die lange Arbeitszeit und die Behandlung der Jugendlichen aus früheren Jahren.

Nachdem noch die Wahl des Gau-Jugendausschusses vollzogen war, wurde die von einem guten Geist getragene Konferenz mit einem markanten Schlusswort und kräftigen Frei Heil geschlossen. Nachmittags wurde noch eine Beschäftigung des Planetariums vorgenommen.

R. Bürger.

Jugendtag in Hamburg.

Berschiedene Jugendgruppen haben beim Jugendsekretariat wegen der Teilnahme am Jugendtag in Hamburg angefragt. Da nun Hamburg etwas außerhalb des allgemeinen Legilarbeiter-Gebietes liegt, und die Klassen der einzelnen Ortsgruppen auch nicht besonders gut gestellt sind, hat das Jugendsekretariat von einer offiziellen Auf-forderung zur Teilnahme abgesehen. Jedoch bleibt offen, die die Mittel aufbringen können, die Teilnahme an diesem Jugendtreffen freigestellt. Gut wäre es aber, im Falle der Teilnahme, dem Kollegen Berner B o d., Hamburg I, Besenbinderhof 57, eine Mitteilung zugehen zu lassen, damit dieser dann vielleicht Vor-sorge für eine besondere Zusammenkunft der Legilarbeiter-Jugendkollegen treffen kann. Das Jugendsekretariat.

Jugendleiterkonferenz der Gewerkschaften.

Im Laufe der Zeit haben sich innerhalb des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes Zusammenkünfte der Sachbearbeiter für die Jugendfragen in den Verbandsvorständen und den Bezirken des ADGB zu einer ständigen Einrichtung entwickelt. Mit dem wachsenden Umfang der gewerkschaftlichen Jugendarbeit ist die Zahl der Gewerkschaften und auch der Bezirke, die regelmäßig zu diesen Tagungen Vertreter entsenden, ständig gewachsen. Die zunehmende Bedeutung, die allen Fragen der Organisation und Erziehung der Jugend innerhalb der Gewerkschaftsbewegung gewidmet wird, findet ihren Ausdruck nicht nur in dem größer gewordenen Umfang dieser Konferenzen, sondern vor allem auch durch die Erstreckung der Beratungen auf Gebiete, deren Bearbeitung in ihrer Wichtigkeit für die Gesamtbewegung erst durch die intensivere Jugendarbeit erkannt werden konnte.

Am 13. und 14. Juli fand eine solche gewerkschaftliche Jugendleiterkonferenz in Köln statt, die mit einer Beschäftigung der „Presse“ verbunden war. Es waren 26 Vertreter der Verbände und 7 der Bezirke des ADGB, sowie vom Bundesvorstand die Kollegen Masche und Heiler anwesend.

Ueber die Frage „Jugendämter und Gewerkschaften“ machte Kollege Stadtrat Dittmer-Berlin die einleitenden Ausführungen. Er wies nach, in wie starkem Maße die Gewerkschaften an den Aufgabengebieten der Jugendämter interessiert sind. Sie müssen deshalb der Befehung des Vorstandes des Jugendamts größte Aufmerksamkeit widmen und selbst Vorschläge machen. Dittmer zeigte, wie sowohl bei der Jugendfürsorge wie auch bei der Jugendpflege die Richtung der Tätigkeit durchaus von den im Jugendamt wirkenden Persönlichkeiten bestimmt werden kann. Mancher Jugendliche kann vor der Anstaltsfürsorge-Erziehung bewahrt werden, wenn verständnisvolle Mitarbeiter den häufig ausschlaggebenden finanziellen Gesichtspunkten die der sozialen Fürsorge und Pädagogik entgegenstellen. Auf die Beschaffung und Ausgestaltung von Jugendherbergen, Bibliotheken, Jugendheimen, Spielflächen und auch bei der Vergabung von Mitteln an Jugendvereine und für Schülerwanderungen können wir gar nicht genug Einfluss nehmen. Auf allen diesen Gebieten müssen die Gewerkschaften für das Erreichen positiver Erfolge sorgen. Dasselbe gilt für die Ortsauslässe, die in Preußen über staatliche Mittel verfügen.

Die Aussprache, welche einzelne Beispiele fruchtbarer Wirkens gewerkschaftlicher Vertreter in solchen Körperschaften erbrachte, ergab grundsätzliche Uebereinstimmung mit dem Referenten.

Zur Vorbereitung der auf dem kommenden Gewerkschaftskongress herbeizuführenden Stellungnahme wurde sodann über unsere „Forderungen zum Berufsschulwesen“ beraten. Hierzu referierte der Kollege Heiler. Er legte die Notwendigkeit einer reichsgerichtlichen Regelung dar und begründete besonders eingehend die Forderung nach einheitlichem Aufbau des beruflichen Schulwesens. Das heutige System der von den Schulen erteilten Berechtigungen sei dringend reformbedürftig, eine Berücksichtigung der beruflichen Bildung müsse unbedingt erfolgen. Vereinfachung in der Schulverwaltung und in der Schulaufsicht sowie Ausbau der inneren Einrichtungen der Berufsschulen ist notwendig, wenn die Schule zeitgemäß arbeiten soll. Die sehr lebhafteste Aussprache zeitigte Uebereinstimmung mit dem Referenten und der vorgelegten Entschliessung. Gewünscht wurde, in dieser weiter zu betonen, daß die vom Breslauer Gewerkschaftskongress 1925 erhobenen Forderungen aufrechterhalten werden. Eine Stellungnahme zum „Berechtigungswesen“ wollten einige Redner vermeiden wissen, doch stimmte die Mehrheit dem Referenten darin zu, daß eine Entscheidung für uns unumgänglich sei.

Danach wurde Entschliessungen zugestimmt, von denen eine den Schwerpunkt der Gewerkschaften zum Berufsausbildungsgesetz formuliert, eine andere vom Reichstag verlangt, daß er bei der kommenden Beratung des Arbeitsschutzgesetzes die Jugendbeschäftigungserleichterung werden und ferner eine, die sich gegen die Bestrebungen gewisser Handwerkerkreise nach Verlängerung der Lehrzeit wendet. Bei der Erörterung dieser letzten Frage, zu der Kollege Niemiera-Berlin die einleitenden Ausführungen machte, wurde die interessante Tatsache festgestellt, daß einige Arbeitgebergruppen für Verkürzung der Lehrzeit eintreten, um dadurch den von ihnen befürchteten kommenden Mangel an gelernten Arbeitskräften zu mildern.

Der Konferenz wurde ferner von dem Jugendsekretär des ADGB, Kollegen Masche, Bericht über eine Reihe wichtiger organisatorischer Angelegenheiten gegeben. Die Bestrebungen nach Schaffung eines einheitlichen Jugendführer-Ausschusses, der sowohl der Reichsbahn (Fahrpreisermäßigung), den Jugendherbergen wie auch den Beschäftigten gegenüber legitimiert, wurden begrüßt und ein baldiges Bestimmen des Planes gewünscht. Für zweckmäßig wurde bezeichnet, daß der Bericht des Ausschusses der „Freien Gewerkschafts-Jugend“, der bisher durch die Ortsausschüsse Berlin und Dresden erfolgte, zentral vom ADGB. aus geschoben sollte.

Die Absicht, im Herbst dieses Jahres vom ADGB. den Arbeiter-sportlern und der Sozialistischen Arbeiterjugend gemeinsam eine Kundgebung der Jugendführer dieser drei Gruppen stattfinden zu lassen, fand Zustimmung Aufnahme.

Unterhaltung und Wissen

Das Unerfegliche.

Skizze von Hedda Wagner.

Ein Kreis von Freunden sah beisammen. Das Gespräch ging hin und wider. Kam auf das Wechselspiel des Lebens: Hoffen und Enttäuschung, Wünschen und Entlagen, Gewinnen und Verlieren. Und ein kluger Mann, den das Schicksal hart geschmeidet hatte, warf hin, man solle sich doch nichts allzusehr zu Herzen nehmen; und übrigens gäbe es keine unerfeglichen Güter.

Dem widersprachen die andern. Und jeder meinte ein Beispiel anzuführen zu können von einem Gut, das unerfeglich sei.

„Gute, die Besitz, wie Reichtum und Macht, anführten, waren am leichtesten abgegan; denn was Dame Fortuna einem in den Schoß wirft und wieder wegnimmt, kann sie auch wiederbringen. Und auch verlorene Macht zwingt sich kühner Mut und Glück aufs neue heran! Und kann nicht ein lebenskluger Geist die Ruhe der Seele höher einschlagen, als den Raub des Goldes; oder ein wahrhaft Weiser den Frieden, die Eintrachtigkeit mit sich selber, die oft dem am fernsten ist, der sich im Besitze der Macht brüstet?“

Man kam überein, daß Reichtum und Macht durchaus nicht unerfeglich seien.

Aber die Liebe? — warf einer hin.

Als ob es neben dieser Rose, die die giftigsten Dornen trägt, nicht tausend andere Blumen im Garten der Freude gäbe? Und überdies blüht sie an allen Ecken und Enden in jedem neuen Jahr im Kreislauf der Jahrzehnte

Auch sie ist nichts Unerfegliches.

„Unerfeglich ist die Ehre!“ — rief leuchtenden Blids der Stolz. Aber das kluge Haupt der Gesellschaft vermies ihn darauf, daß wahre Ehre nie zu verlieren ist, insofern sie nicht in der Meinung anderer von uns besteht, sondern in jener berechtigten Selbstachtung, die der Menschlichkeit unverlierbar besitzt — auch in der Nacht des Kerfers! Und auch für die verlorne, verleumdete Unschuld und für die gedemütigte Tugend kommt der Tag, wo ihr ein Rächer ersticht

„Wo schieben sie die Ehre aus ihren Betrachtungen aus und nannte einer noch die Gesundheit. Ist es nicht sie, die wahrhaft unerfeglich ist?“

Doch auch hier hatte der Kluge etwas einzuwenden.

Verlorene Gesundheit kann wieder erworben werden — schwer zwar und mühselig oft —, aber nie braucht der Mensch die Hoffnung sinnen zu lassen. Und es ist möglich, daß ein Mensch eine Kraut von der Natur geschenkt bekommt, die ihn auch körperliches Leid mit Gelassenheit ertragen läßt und in sich dennoch Quellen des Trostes findet.

„Es ist also, wenn wir unser Gespräch zum Schluß zusammenfassen.“ sagte der kluge Mann, „alle Güter insofern erfeglich, als sie teils ihrer Weisheit nach durch andere vertreten, teils durch bessere Einsicht als gar wohl entbehrlich erkannt werden können. Seid ihr damit einverstanden?“

Alle nickten Bejahung. Nur einer unter ihnen nicht — einer, den sie ganz heimlich in ihren Herzen so als eine Art Loren an sahen und der sich auch an der Wechseltrede nicht beteiligte hatte, ein Dichter

Der kluge Mann sah ihn etwas an — „Du scheinst nicht mit uns einverstanden zu sein.“ sprach er. „Beißt du trotz allem etwas Unerfegliches zu nennen?“

„Eine Mutter“ sagte der Dichter. — — —

Aus den Junftzeiten der Handweberei.

Von Theodor Müller-Breslau.

Im Anfang des Mittelalters versuchte zunächst jede Bauernwirtschaft selbst zu erzeugen, was sie brauchte. Freilich darf man sich dieselbe nicht als eine Zwergwirtschaft vorstellen, sondern als eine Hausgenossenschaft; als eine große Familie, in der mehrere Generationen, ein Vater mit seinen Söhnen und deren Weibern und Kindern, mitunter auch Kindeskindern, hauste. Sie produzierten nicht nur ihre landwirtschaftlichen Rohprodukte, sondern verarbeiteten diese auch zu Mehl und Brot, zu Garn und Geweben, zu Geschirz, Werkzeugen usw. Meist war der Bauer sein eigener Handwerker; denn: Die Art im Haus erspart den Zimmermann.

Dem Bauern standen mehr Arbeitskräfte zur Verfügung; er konnte daher eine gewisse Arbeitsteilung eintreten lassen und so bildeten sich auf den Fronhöfen die Anfänge des Handwerks. Hatte sich ein Arbeiter eine besondere Geschicklichkeit in einem Fache angeeignet, so versuchte er neben seiner Fronarbeit für Kunden zu arbeiten. Neben dieser Kundenarbeit entstand die Tätigkeit für den Markt. Die Ortschaften, die mit derartig leistungsfähigen Fronhöfen verbunden waren, wuchsen bald an Bevölkerung und Reichtum; da sie die Raugier am meisten anlockten, mußten sie sich befestigen. Durch die Befestigungen wurden diese Ortschaften zu Städten. Nur wenige derselben waren von Anfang an freie Städte, die meisten waren aus grundherrlichen Dörfern hervorgegangen und ihre Bewohner einem oder mehreren Grundherren untertan.

Je mehr die Bürger wirtschaftlich erstarkten, desto mehr bäumten sie sich gegen die Lasten durch die Gutsherrschaft auf, bis es ihnen gelang, sich ihre Freiheit zu erobern. Von dieser Entwicklung blieben die Handwerker nicht unberührt und sie nahmen an den Kämpfen gegen die Grundherren lebhaften Anteil. Neben den Handwerkern des Fronhofs ließen sich auch andere Handwerker in der Stadt nieder, städtische Leibeigene oder Hörige von anderen Fronhöfen und Freie, die das Handwerk schon betrieben oder sich ihm zuwandten. Das aufstrebende Handwerkertum hatte nicht nur den Kampf gegen die Grundherren zu führen, ebenso wichtig war sein Kampf gegen die städtischen patrizischen Geschlechter. Um sich eine Kampfesorganisation zu schaffen, fand sich das Handwerk in Zünften zusammen. Die ältesten Zünfte waren neben denen der Kaufleute, die der Weber und Gewandtschneider. Die ersten Nachrichten über die Handwerkszünfte oder „Knechte“, wie sie früher genannt wurden, findet man in Deutschland im dreizehnten Jahrhundert. Vorher dürfte das Halten von Knechten seitens der Handwerker nur vereinzelt vorgekommen sein, so daß man keine Veranlassung fand, sie zu erwähnen.

Wesentlich anders gestalteten sich die Verhältnisse im nächsten Jahrhundert; es entwickelte sich ein besonderer Gesellenstand mit eigenem Recht, und das Lehrlingswesen bekam bestimmte Formen. Einige Zünfte, wie die der Wollweber, genossen hohes Ansehen; dagegen galt die Junft der Leinenweber für einen „unerfeglichen“ Beruf. Zu letzteren gehörten besonders jene Berufe, in denen die in die Städte strömenden Bauern am ehesten ein Unterkommen fanden; sowie manche ungünstig auf dem Lande betriebenen Handwerke und endlich jene Berufe, die sich vorzugsweise aus den Deklassierten der städtischen Bevölkerung rekrutierten. Da von jeder die Armut bei den Leinenwebern dahier war, wurden sie von den Junftprogen aus den wohlhabenderen Gewerben verspottet. Das früher viel gesungene Spottlied:

Die Leinenweber haben eine saubere Junft,
Mit Fasten halten sie „Zusammenkunft“ ufm.
hatte seinen düsteren, sozialen Hintergrund.

Die Leinenweberei war größtenteils eine ländliche Hausindustrie; im fünfzehnten Jahrhundert wanderten diese Weber massenhaft in die Städte. Letztere suchten sich dieses Andranges zu erwehren und es war verboten, Söhne von Leinenwebern oder Gastträgern als Lehrlinge im anderen Handwerk anzunehmen.

Ehe ein Geselle Meister wurde, mußte er das Bürgerrecht der Stadt erwerben; war ihm dies gelungen, dann mußte er oft noch jahrelang auf die Erlangung des Meisterrechts warten. In der Ulmer Weberordnung von 1403 befindet sich nachstehende Bestimmung:

„Wo! mögen die Bürger, die fünf Jahre lang in Ulm haus hablich sigen, ihre Kinder das Weberhandwerk lernen lassen und wenn die Lehrjahre zu Ende seien, diesen das Junftrecht kaufen. Wollte aber ein auswärtiger Weber, er möge vom Lande oder anderen Städten sein, das Bürgerrecht empfangen, so soll er doch fünf Jahre lang das Weberhandwerk nicht treiben und ihm das Junftrecht nicht früher verliehen werden. Knappen oder Knechten des Weberhandwerks soll es jedoch nichts helfen, daß sie fünf Jahre hier seien, es soll ihnen vielmehr das Junftrecht nicht eher verliehen werden, als bis sie das Bürgerrecht vorher fünf Jahre lang gehabt haben.“

Streng beobachteten die Städte, daß sich niemand unter Umgehung der Junft selbständig mache, sie dehnten dies auch auf ihre Bannmeilen aus. So wurde 1500 in Zwidau bestimmt, daß in den Dörfern der Bannmeile kein Leinenweber sich niederlassen dürfe, außer in den größeren Dörfern je einer.

Die Junftgesellen wurden dazu gedrängt, sich Organisationen zu schaffen, wenn sie ihre Rechte wahren wollten. Anfänglich waren diese Vereinigungen nur vorübergehender Natur, Verbindungen zu Gelegenheitszwecken. Die vorwiegende Form der Gesellenorganisation war die der kirchlichen Bruderschaften, daneben die der Trintstuden. Die ersteren dienten vorwiegend zu Unterstützungszwecken, die Trintstuden waren die Herde des Widerstandes gegen Meister und Obrigkeit.

In Deutschland bildeten die Weber die ersten Bruderschaften der Gesellen; schon am Ende des vierzehnten Jahrhunderts. Denn 1388 ist von einem Büchsenmeister der Weberknechte in Speier die Rede, was das Bestehen einer Unterstützungskasse voraussetzt. In Ulm hatten die Weberknechte bereits 1402 eine Bruderschaft, die zwei Betten für arme Gesellen im Hospital unterhielt und außerdem eine Begräbniskasse bildete. Die Genehmigung der Bruderschaft der Leinenweberknechte von Straßburg von 1479 schildert ausführlich die Aufgaben dieser Verbindung. Sie regelte das Arbeitsverhältnis und die Junftgebäude der Gesellen, die sehr kirchlich waren. Die Bruderschaft war im wesentlichen eine obligatorische Kranken- und Begräbniskasse. Den Zünften und den städtischen Obrigkeiten waren die Bruderschaften ein Dorn im Auge; doch konnte man sie wegen ihres kirchlichen Charakters nicht gut verbieten. Auch hatte die Übertragung der Kranken- und Begräbnisversicherung auf die Zünfte, die Meister zu schwer bekaft. Gesellenstreiks fanden weniger wegen der Lohn- und Arbeitsverhältnisse statt, fast immer wurden sie zur Wahrung der beleidigten Standesehre geführt. Aus letzterem Anlaß fanden gerade in den verschiedenen Gruppen der Textilindustrie hartnäckige Kämpfe der Arbeiter untereinander statt. Diese Kämpfe und zahlreichen Kämpfe konnten keine einheitliche Arbeiterbewegung erzeugen. Erst die kapitalistische Industrie hat diese Organisationen der Gesellen zerlegt, diese sozial degradiert und auf eine Stufe mit den andern Proletariern gestellt. Diese Produktionsweise war die Vorbedingung eines einheitlichen Klassenbewußtseins der gesamten Arbeiterklasse.

Der Baldamus und seine Streiche

Roman von D. Böhle.

Herausgegeben und zu beziehen durch: Der Bücherkreis G. m. b. H., Berlin, Belle-Alliance-Platz. (12. Fortsetzung.)

So sinnierend kam ich nach Belfort hinein. Aber da gefiel es mir nicht. An manchen Stellen wirkte die Stadt wie eine aufgestellte Kuffe. Es roch nach Fabriken und nach billigen Essen. Arbeiter in blauen Blusen sah ich in Menge und rothpöge Soldaten so viel in Haufen, wie ich nur wollte. Ich mußte lachen, wie schnell und behend die marschieren konnten, immer gingen sie in einem halben Laufschrift dahin. Als ich genug hatte vom Umherrennen und Herumhüpfen, raffte ich mein bißchen Schulfranzösisch zusammen und fragte den ersten besten, der mir in den Weg lief, wo der Weg nach Paris sei. Der Mann schaute mich erst an von unten bis oben, dann lachte er: „Dürstlich rüsig bist du, junge Homme, nur urkdehn bist du Dürst!“ Dann ging er eine Weile mit mir und zeigte mir die richtige Straße.

Bis zum Abend kam ich in die Nähe der Stadt Bure. Zum ersten Male in meinem Leben erfuhr ich, was Hunger wirklich ist. Da kam mir das, was ich früher in Freiburg und Rülhausen an Kohlenkesseln erlebt hatte, zu einem kleinen mungigen Häuflein zusammen. Das gar nicht mehr mizählte. Der Hungerhund heulte. Ich dachte so hart, daß ich mich an einen Straßenbord setzte. Den Kopf in die Hände nahm und über mein verborbenes, nichtsmaliges Leben künnte. So froh und unternehmend ich sonst war, so hatte ich mich einmal die Courage gehabt, bei Bauern um Brot oder um ein Nachtlager im Stall oder in der Scheuer zu bitten. Aber Unternehmungsgeist war wie abgelaufen. Diese Nacht brachte ich keinen Zettel über die Krone, so viel war sicher. Ich mußte eine Platte reifen, ob ich wollte oder nicht. Als es dunkel wurde und ich an eine Platte kam, wo gemältes Gras auf dem Boden lag, trat ich zu einem großen Haufen zusammen und sah mich um. Dort kam mir das Lager sehr ungewohnt vor. Ich sah mich um und sah es, veripätere Heugumper und sah mich um und sah es, veripätere Heugumper und sah mich um. Doch dauerte es nicht lange, bis ich mich um und sah es, veripätere Heugumper und sah mich um. Doch dauerte es nicht lange, bis ich mich um und sah es, veripätere Heugumper und sah mich um.

Darum schüttelte ich das launasse Gras ab, redte und streckte mich und wanderte weiter.

Die Sonne ging auf. Da sah ich in der Ferne zwei Reiter. Beim Näherkommen wurden zwei französische Genarmen daraus, die anscheinend die Straße abpatrouillierten. Ich brachte mich noch rechtzeitig unter einer kleinen Brücke in Sicherheit und war herzlich froh, als die achtstufige Gefahr über mich hinweggeglitten war. Denn so viel hatte ich schon begriffen von dem Geläuf der Welt, daß ich sicher mitgenommen worden wäre, wenn mich die beiden gestellt hätten. Das ist eine internationale geltende Regel: ein Mensch ohne Barge ist immer verdächtig und eines polizeilichen Zugriffs wert. Von dem Morgenmarsch und der ausgestandenen Angst bekam ich allmählich einen trockenen Hals. Der brachte im Verein mit meinem hungrigen Magen den Fleck der Seele, der sich Schamlosigkeit nennt, um, und ich bat eine Frau, die vor ihrem Hause vor dem Waschtisch stand und Wäsche auswusch, um Brot und Wasser. Da kam ich aber an die falsche Adresse. Sie schrie in einem fort wie besessen, das ganze französische Schimpfwörterbuch kam zornfollernd aus ihrem Kropfhals heraus. Ich verstand von dem nerpeitschenden Geleif nur so viel, daß ich der gleiche Lump sei, wie ihr Mann, der sie allein mit fünf Kindern in Dred und Sped sitzen gelassen habe und der jetzt in der Welt herumstreunere. Eher wollte sie tot an ihrem Fuher umfallen, als einem solchen Tagedieb auch nur soviel geben. Dabei machte sie eine Schnippbewegung mit den Fingern, die ich nicht mißverstehen konnte. Ich ließ sie geistern und machte, daß ich aus ihrem Schallbereich kam. Aller Hunger war mir gründlich vergangen, und ich lief, bis es dunkel wurde. Was in mir an Mut vorhanden gewesen war, war durch diese unfähige Schimpfkanonade wieder einmal in die dunkelsten Winkel der Seele zurückgeschlagen.

Den ganzen Tag über traute ich mich nirgendswo hinein. Ich sah nichts weiter, als drei unreife, grasgrüne Aepfel, die vermisselt waren und die ich im Straßengraben gefunden hatte. Als es dunkel geworden war, tippelte ich immer noch. Meine Füße arbeiteten rein mechanisch. Der Schädel war ein Automat geworden, der von sich aus funktionierte, weil ich vergessen hatte, ihn abzustellen.

Die Ortschaften, die ich noch durchwanderte, waren wie tot. Nicht einmal die Hundstuden knurrten in ihren Holzhöhlen, nur schwarze Äcken liefen mir über den Weg oder funkelten mich von den Gärten her mit ihren phosphorischen grünleuchtenden Augen an, die wie Vögel waren. Zum Schluß kam ich an ein großes ebenflächiges Bauernhaus. In einer Stube brannte noch ein Licht, da war das

Fenster hell. Das war wie eine Aufforderung, hier das Glück zu versuchen. Ich blieb stehen und schaute durchs Fenster hinein. Eine alte Frau sah da und verband ihren Fuß. Ich ging an die Tür, klopfte, trat ein, sagte schon guten Abend und fragte, ob sie nicht etwas für mich hätte, der Hunger frage mich die Bauchwände ab. Da ließ sie ihren Verband sein, stand auf, ging ans Kästchen, schnitt mir ein großes Stück Brot ab und sagte, ich solle für sie beten. Das hab' ich aber nur noch mit halbem Ohr gehört; denn vor lauter Gier war mir, als ich das Brot sah, das Wasser see-weiß im Mund zusammengelaufen, und ich hatte schon einen tüchtigen Wumpel abgebissen und ohne zu zerkauen hinuntergeschluckt, noch ein „Merci“ herauskam. So wie die nächsten fünf Minuten hat mir Brot noch nie geschmeckt! Ich fraß es ordentlich in mich hinein.

Auch diese Nacht schlief ich im Freien und froh und froh. Die Kälte siderte von den Sternen herunter bis in meine Knochen hinein. Ich begriff jetzt, was es heißt, sich eine Nacht ohne Bettdecke um die Ohren zu schlagen. Beim Aufstehen ist man wie gerädert und kann kaum gehen. Aber diesmal wollte ich den nichtgehabten Schlaf tagsüber gründlich einholen und mir von der Sonne die Knochen gehörig aufstoßen lassen! Sobald sie kräftig genug schien, legte ich mich unter einen Kuchbaum und war selig.

Ich erwachte erst, als mir jemand mit einem Strohhalm die Nase kitzelte. Dieser Jemand war ein alter ungarischer Pelzmacher, ein grauer, verjoffener Bruder, der, wie er selber sagte, schon seit zwanzig Jahren den Staub der Landstraßen Europas schluckte, und der diesmal zur Abwechslung nach Paris hineinwollte, um die schönen Weiber aus der Nähe zu sehen und den Asphalt zu treten.

Zur Aufmunterung gab er mir einen Schluck aus seiner umfangreichen Schnapsbuddel und wir marschierten zusammen weiter. Es geht sich halt doch besser in Kompagnie. Ich klagte ihm die Rote, die ich ausgestanden hatte. Er lachte: Ja, ja, einen ausgemachten Sempel als mich hätte er seiner Lebtag noch nicht gesehen. Seit wann ich eigentlich geboren sei? Ich hätte wohl die rechte Zeit verschlafen und mir gar den Ziger noch nicht aus den Augen gerieben. Er wollte mich zwar nicht beleidigen, aber das mußte er mir doch verzeihen: Ich sei blödsinniger, als des Teufels Wertagsack am falschen Ort, sonst müßte ich doch wissen, daß jede Bürgermeisterei in Frankreich verpflichtet ist, durchreisenden Handwerksbrüder für Brot und Obdach zu sorgen. Ich würde Maul und Nase aufsperrn, wenn ich sähe, wie er die Sache schmeißt. Sobald wir in das nächste Raff hineinkämen, würde ich mein blaues Wunder erleben.